

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



4 / 2008

Deutsch-russische Fachkonferenz führte Wissenschaftler zusammen



Empfang für die russische Delegation im Münchner Prinz-Carl-Palais durch die Bayerische Staatsregierung: links Delegationsleiter Nikolai Schmeljow, rechts Staatsminister Eberhard Sinner mit einem Nymphenburger Porzellanlöwen als Gastgeschenk

Zwischen dem Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften und unserer Akademie bestehen seit langem gute Beziehungen durch regelmäßigen Austausch und Fachgespräche. Wegen der wachsenden Bedeutung der russisch-deutschen und russisch-europäischen Beziehungen werden diese regelmäßigen Fachkonferenzen immer wichtiger. Im Mittelpunkt der diesjährigen Begegnung standen aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen in Russland nach der Präsidentschaftswahl, Fragen der politischen Kultur, außen- und sicherheitspolitische Fragen sowie unterschiedliche Geschichtsbilder und mögliche, daraus folgende Kontroversen.

Siehe Seite 9

Globale Finanzkrise bedroht die Marktwirtschaft

Gleich zwei Tagungen beschäftigten sich mit der Zukunft der sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung und nötigen neuen Spielregeln. Die weltweite Banken- und Finanzkrise war zum Zeitpunkt der Seminare noch nicht auf ihrem Höhepunkt angekommen, warf aber bereits Schatten voraus.

Siehe Seite 25

Bröckelt die Medienfreiheit?

Führen die Sicherheitsgesetze zur Terroristenbekämpfung wie Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung zu einer Einschränkung der Medienfreiheit? Leidet unter dem Stellenabbau in den Redaktionen und dem finanziellen Druck der Anzeigenkunden die Qualität eines freien Journalismus?

Siehe Seite 15

Die Akademie bekommt ein Audimax

Hörsaalneubau wird konkret – Drei Millionen Baukosten



Voraussichtlich im April 2009 sollen die Bauarbeiten für den neuen Hörsaal der Akademie beginnen. Geplant ist, den etwa 220 qm großen, flexibel teilbaren Saal einige Meter abgesetzt von der Terrasse im Innenhof zwischen Altbau und altem Hörsaal (Foto oben) etwa sechs Meter tief zu versenken. Derzeit wird mit Baukosten von rund drei Millionen Euro gerechnet.

Siehe Seite 22

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>Vor der US-Wahl:</u>	
Spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen	3
Russland im Übergang zur autoritären Gesellschaft	9
„Der Rückzug Russlands ist vorbei“	12
Gelenkte Medien in Russland	14
„Schlechter Journalismus ist gefährlich für die Demokratie“	15
Die Expansion der Ratgeber	17
<u>Föderalismus:</u>	
Modernisierung eines Verfassungsgrundsatzes	20
Neues Audimax wird versenkt	22
Die alternde Republik als Herausforderung	23
<u>Global Economic Governance:</u>	
Neue Spielregeln für den Casino-Kapitalismus	25
<u>4. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:</u>	
Ethische Verantwortung des Managements	28
Vielfältige Facetten asiatischer Politik	32
Anpassung an die Wissensgesellschaft	34
Wichtiger Spendensammler	35
Brückenbauer mit freundlicher Gelassenheit	36
<u>Blick in die Akademieggeschichte:</u>	
Entschiedenenes Nein zur „Ludendorffstraße“	37
Pressespiegel	39
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	42
Themen – Tagungen – Termine	43
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	48

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Redaktion: Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin **Rappenglück**, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen

Finanz- und Bankenkrise das entscheidende Wahlkampfthema

Drei Wochen vor der Entscheidung, wer nächster Präsident der USA wird, hatte die Akademie Wissenschaftler und Journalisten zum Gedankenaustausch eingeladen. Der Wahlkampf, die Profile der Kandidaten auf wichtigen Politikfeldern und die Rolle der Medien standen im Mittelpunkt des sehr breiten Publikumsinteresses*. Die Diskussionen waren überlagert von den Bankenpleiten und der aktuellen Krise an den Finanzmärkten.

Für den Regensburger USA-Experten Stephan Bierling spielt sich einer der denkwürdigsten US-Wahlkämpfe in der jüngeren Geschichte ab: Es amtiert ein höchst unpopulärer Präsident, der sich nur noch auf 27 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann. Das Land führt Krieg in Afghanistan und im Irak. Die USA befinden sich in einer schweren Wirtschaftskrise und es gibt eine Wechselstimmung im Volk. Bierling sieht inspirierende Kandidaten mit sehr unterschiedlichen und spannenden Lebensgeschichten. Er prognostizierte ein äußerst knappes Rennen.

Postmoderner Kandidat

Erstmals seit 1932 tritt kein „Vermächtniskandidat“ an, der vorher Vizepräsident oder gar amtierender Präsident war. Ebenfalls außergewöhnlich: Erstmals seit den 1920er Jahren hat keiner der beiden Kandidaten exekutive Erfahrung als Gouverneur oder Vizepräsident. Gleichzeitig treten der älteste und der erste schwarze Kandidat in 220 Jahren US-Geschichte gegeneinander an. Und vielleicht gibt es nach dieser Wahl den ersten weiblichen US-Vizepräsidenten. Obama habe den Wahlkampfstil revolutioniert. Er sei der erste postmoderne Kandidat, der die College-Studen-

ten gegen das Establishment mobilisiert habe. Das Internet spielt für seine Kampagne eine wichtige Rolle. Es dient der Mobilisierung der Sympathisanten, der Erstwähler und der Spendenwerbung:



Stephan Bierling mit einer der Wahlmaschinen, die nach Pannen bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 aus dem Verkehr gezogen wurden

Fotos: Schröder/Richter

„Obama ist die größte Spendensammelmaschine in der Geschichte. Er hat Geld wie Heu und kann sich in der letzten Wahlkampfphase 30 Minuten zur besten Fernsehsendezeit für eine von

seinem Team produzierte Sendung kaufen.“ Der Giessener Medienwissenschaftler Christoph Bieber ergänzte: „Die Internetseiten der Kandidaten sind zentraler Ankerpunkt für die Organisation und Durchführung der Wahlkampagne.“ Die Seiten integrieren alle inhaltlichen Angebote der Kandidaten und halten zielgruppenspezifische Informationen für Wähler und Medien bereit. Die in den USA essenzielle Funktion der Spendeneinwerbung wird inzwischen nahezu ausschließlich über die *websites* oder integrierte Kommunikationskanäle wie E-Mail abgewickelt. Schließlich sind sie auch Startpunkt für Negativkampagnen gegen das konkurrierende Lager.

Wichtige „swing states“

Da in den meisten Bundesstaaten die jeweiligen Mehrheiten für die eine oder andere Partei feststehen, gehe es am Ende „nur um eine Handvoll von „swing states“, die für ihren Wechsel zwischen den Parteien bekannt seien, sagte US-Experte Bierling. Gerade hier könne Obama wegen seiner ungeheuren finanziellen Mittel noch punkten und McCain sogar in den sogenannten „red states“, den Republikaner-Hochburgen, angreifen.

Bierling rechnete mit einem Sieg Obamas, weil der mehr „swing states“ erobern könne. Auch das den Wahlkampf beherrschende Thema Wirtschafts- und Bankenkrise werde Obama nützen, weil 70 Prozent der Wähler dies für das entscheidende Thema halten und Obama als unbelastet gilt. Dagegen hänge McCain die Amtszeit von George W. Bush wie „ein Mühlstein am Hals“, sagte Bierling.

* Hauptkooperationspartner war die Bundeszentrale für politische Bildung, die das Projekt finanziell förderte. Die Tagung fand außerdem in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung statt.

Wirtschaftskrise entscheidend

Das beherrschende Thema Finanz- und Bankenkrise behandelte Stormy Mildner von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. 50 Prozent der Amerikaner hätten derzeit Angst um ihr Geld angesichts der Banken- und Finanzkrise, die in faulen Immobilienkrediten in den USA ihren Ausgang nahm. Die laxe Kreditvergabepraxis, insbesondere auch im Kreditkartenbereich hat zwar kurzfristig die Konjunktur belebt, am Ende jedoch zu fast grotesken Verschuldungsdilemmata geführt. Mildner sieht deswegen Obama auch in der Offensive. McCain sei wegen der Inkompetenz seiner Vizepräsidentschaftskandidatin Palin auf diesem Feld in der Defensive. Er wolle die Steuern senken, was aber angesichts des gewaltigen Haushaltsdefizits der USA schwer machbar sei.

Obama lag zur Zeit der Tagung und vor dem letzten TV-Duell in den Umfragen mit vier bis sechs Prozent leicht vor McCain. Der ARD-Hörfunkkorrespondent Klaus Kastan aus Washington hielt die Mehrheit aber noch nicht für gesichert und meinte: „Als weißer Kandidat hätte Obama einen deutliche-

ren Vorsprung.“ Das amerikanische Wahlmannersystem mit der „The winner takes it all“-Regel lässt es zu, dass ein Kandidat trotz der relativen Stimmenmehrheit am Ende doch nicht Sieger ist. Das musste im Jahr 2000 Al Gore gegen George W. Bush erfahren, als Bush mit nur 537 Stimmen Vorsprung in Florida siegte und damit die Mehrheit im Wahlmännnergremium sicher hatte.

Reform des Gesundheitswesens

Kastan zeichnete das Bild einer gespaltenen und zerrissenen US-Gesellschaft, in der die sozialen Gegensätze zwischen Arm und Reich hart aufeinanderprallen. Die fehlende Krankenversicherung sei der Hauptgrund für persönliche Insolvenz, weshalb die Demokraten auch eine Reform des Gesundheitswesens anstreben, während die Republikaner weiter auf Markt und Wettbewerb setzen. Obama wolle die Unternehmen zwingen, Gesundheitspläne anzubieten und die Eltern sollen verpflichtet werden, wenigstens ihre Kinder krankenzuversichern. Der ARD-Korrespondent zeigte sich allerdings skeptisch, ob dies durchsetzbar

sei und diese Art der staatlichen Bevormundung von den Wählern nicht als „unamerikanisch“ abgelehnt werde.

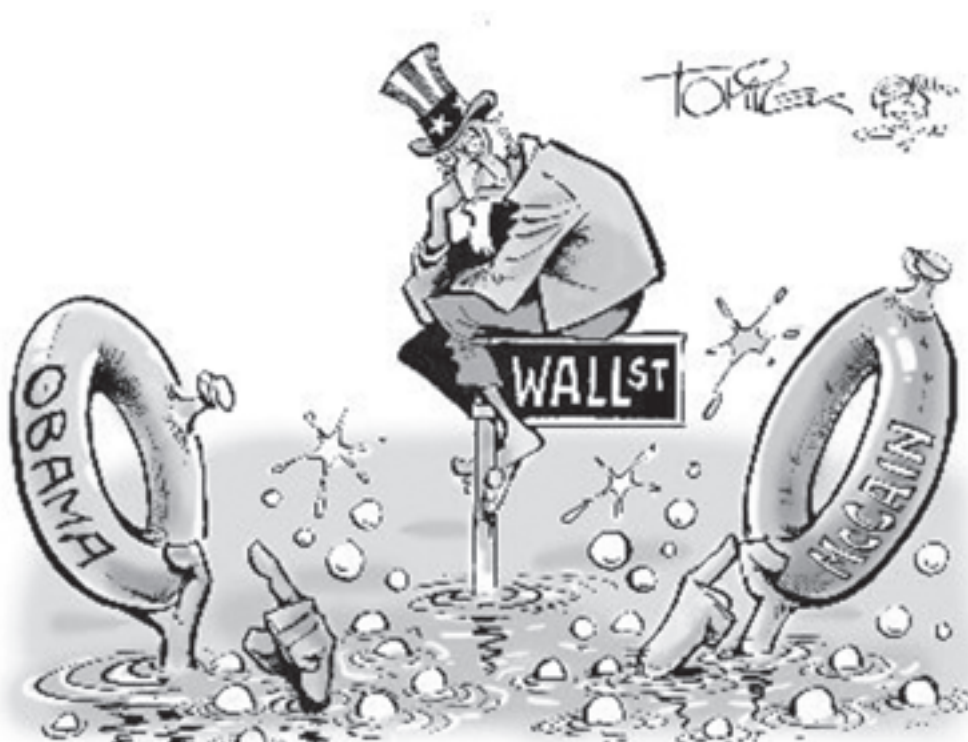
Die illegale Einwanderung – vor allem von Latinos aus Mittelamerika – erweise sich zunehmend als Problem:



Klaus Kastan: „Als weißer Kandidat hätte Obama einen deutlicheren Vorsprung“

„Die Latinos stellen mit 15 Prozent der Bevölkerung mehr als die Afro-Amerikaner.“ Rechte Kampagnen könnten schnell eine latino-feindliche Stimmung erzeugen. „Die Latinos sind die Türken der USA“, sagte Kastan. Dieser rechtsfreie Raum berge sozialen Sprengstoff und müsse von der neuen US-Administration angepackt und beseitigt werden.

Das Schulwesen sei in der Qualität regional sehr unterschiedlich, weil die Schulen über die kommunale Grundsteuer finanziert werden. Und je nach Kassenlage der Gemeinde seien die Schulen eben besser oder schlechter. Das habe extreme Ungleichheiten zur Folge, die der Staat noch unterstütze, indem er guten Schulen weitere Gelder gibt und auch Privatschulen fördere, die sich nur Reiche leisten können.



Kandidaten im Strudel der Finanzkrise

Zeichnung: Tomicek

Obama plane, die finanziell schwachen Regionen zu stärken, um die Qualität der Schulen anzuheben. Keine Differenzen sieht Klaus Kastan bei gesellschaftspolitischen Themen wie Waffengesetz, Todesstrafe und den Sicherheitsgesetzen im Gefolge des 11. September: „Da traut sich auch ein Obama nicht ran, weil er weiß, dass er dann Stimmen verliert“, sagte Kastan.

Marginale Veränderungen

Bezüglich der zukünftigen Außenpolitik der USA meinte Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München, dass er nur marginale Veränderungen auf diesem Politikfeld erwarte. Die Kandidaten seien sich einig, dass die USA eine zentral herausragende Macht bleiben müsse. Klar sei auch, dass sich das alte bipolare System des Kalten Krieges erledigt habe. Die globale Machtverteilung sei auf dem Weg zu einem multipolaren System, in dem auch Japan, die EU, Russland und China eine wesentliche Rolle spielten – aber mit den USA im Zentrum. Der politische Westen der bipolaren Zeit existiere nicht mehr und das werde auch so bleiben, so lange es keine gemeinsame Bedrohung von außen gebe.

Masala rechnet nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten mit einer Charm-Offensive gegenüber den Europäern. Schnell werden aber auch Forderungen gestellt werden: „Helft uns in Afghanistan und im Irak.“ Und je nach Erfüllung der Forderungen wird es nach einer kurzen Phase der Flitterwochen zu einer Abkühlung der Beziehungen kommen – „ganz egal, wer Präsident wird.“ Bei Obama wird es etwas zahmer und sanfter sein als bei McCain, aber die grundlegenden Parameter werden nicht verändert, ist sich Masala sicher: „In einer Krise reagieren beide gleich, wenn die Europäer den Amerikanern nicht helfen.“

Dezidiert auf die einzelnen Felder der US-Außenpolitik ging Kai Samulowitz vom George-C.-Marshall-Center in Garmisch-Partenkirchen ein und stellte die Positionen der Kandidaten gegenüber. Es gibt durchaus auch außen-

politische Gemeinsamkeiten und eine gemeinsame Sicht der Dinge: Die USA werden an unterschiedlichen internationalen Fronten bedroht. Die Bush-Regierung hat diese Bedrohungen



Kai Samulowitz stellte die außenpolitischen Positionen der Kandidaten gegenüber

nicht mit den richtigen Mitteln bekämpft. Die gescheiterten Strategien müssen durch neue ersetzt werden. Grundsätzlich gibt es bei beiden die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel.

Konfrontation und Konsens

Aber die Liste der Differenzen ist sehr viel länger (siehe Tabelle S. 7-8). Das beginnt bei unterschiedlichen Grundauffassungen. Während McCain eine national ausgerichtete Politik der Stärke favorisiert und jede anders geartete Politik global isolieren will, setzt Obama auf die Vermeidung von Konfrontationen.

Er sucht nach einem Konsens auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und will den Ausgleich, Vermittlung und direkte Gespräche. Wenn es sein muss, auch mit den Feinden der USA. McCain sieht Russland als Hauptbedrohung, erst in zweiter Linie den internationalen Terrorismus, bei ihm gibt es jedoch keine grundlegende Unterscheidung von der Bush-Regierung bezüglich der Herangehensweise an das Problem. Bei Obama steht der Terrorismus an erster Stelle, jedoch ohne Fokussierung

auf den Islam, sondern auf Al Qaida und deren ideologische Verbündete. Obama wendet sich gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und bezieht die Folgen von Globalisierung und Klimawandel in seine Bedrohungsanalyse mit ein.

Mit der Rolle der Medien im Wahlkampf beschäftigten sich zwei Referenten: Matthias Fifka von der Universität Erlangen-Nürnberg und Christoph Bieber von der Universität Gießen. Fifka hob hervor, dass die gekaufte Sendezeit für Wahlwerbespots von den Parteien als sehr wichtig eingeschätzt werde, weil drei Viertel der Amerikaner ihre politischen Informationen über



Christoph Bieber: Soziale Netzwerke greifen über das Internet in den Wahlkampf ein

das Fernsehen beziehen. Und bei bezahlter Wahlwerbung gibt es keinen Einfluss von Journalisten und Redaktionen auf den Inhalt. Deshalb gingen von den 400 Millionen Dollar Ausgaben der Parteien für Medien auch 95 Prozent ans Fernsehen.

Schmutzkampagnen

Negativkampagnen bekämen einen immer größeren Stellenwert und hätten 1988 während der Kampagne von George Bush sen. einen traurigen Höhepunkt erreicht. Diese Schmutzkampagnen würden meist von den Kandidaten nahestehenden Interessengruppen gesponsert, damit sich die Parteien und Politiker selbst nicht die Hände schmutzig machen müssen.



Heute würden Spots auf Halde im voraus produziert, um auf alle möglichen Attacken des Gegners vorbereitet zu sein. Die schnelle Antwort sei entscheidend. Eine qualitative Analyse sei schwierig. Aber von der Kampagne des demokratischen Kandidaten John Kerry im Jahr 2004 wisse man, dass er durch die Angriffe auf seine angeblich unehrenhafte Zeit im Vietnamkrieg fünf Prozent Zustimmung verloren habe und im Gegenzug noch acht Prozent an Ablehnung zugelegt habe. Angesprochen auf die wachsende Konkurrenz der Wahlwerbung im Internet meinte Fifka, dass Wahlen nicht im Fernsehen *oder* Internet gewonnen werden, sondern im Fernsehen *und* im Internet. Medienforscher Bieber pflichtete dem bei und zeigte an vielen Beispielen, wie

die Medien sich zunehmend überlappen und verschmelzen. Soziale Netzwerke greifen über das Internet in den Wahlkampf ein und unterstützen ihre Favoriten. Über Plattformen wie *Youtube*, *Myspace*, *Facebook* und *Twitter* vernetzen sie sich, tauschen Informationen und Videospots. Allein bei *Facebook* sind zwei Millionen Unterstützer für Obama mit ihrem Profil und Wohnort registriert. Die Parteizentralen bedienen sich dieses Personals und greifen gerne auf ihre Aktivitäten zurück. Vor allem junges und unpolitisches Publikum kann so gezielt angesprochen werden.

Die Fernsehdebatten der Kandidaten werden mehr und mehr direkt und live im Netz begleitet und kommentiert. Auch bei uns bekannt wurde die Akti-

on von *Youtube* und *CNN*, bei der Fragen der Wähler an die Kandidaten per Internetbotschaft verbreitet wurden. Sehr innovativ war auch das Projekt *Hack the Debate*, für das der Fernsehsender *Current-TV* und der Kommunikationsdienstleister *Twitter* verantwortlich zeichnen. Während *Current-TV* für die Übertragung des TV-Signals (in die US-Kabelnetze und das Internet) sorgte, lieferte *Twitter* eine Vorauswahl aus Kurzmitteilungen von Zuschauern, die mit Kurzkomentaren auf das Debattengeschehen reagierten.

Bieber ist sicher: „Der Wahlkampf des Jahres 2008 war der letzte Wahlkampf, der unter der Dominanz des Fernsehens stattgefunden hat.“

Michael Schröder

Siehe Presseschau auf Seite 41



Unterschiede der außenpolitischen Konzepte der Präsidentschaftskandidaten von Kai Samulowitz, George C. Marshall Center

Vereinte Nationen

McCain	Obama
<ul style="list-style-type: none"> • Reformierungsbedürftig • Vorschlag einer „Liga der Demokratien“ als wirkungsvolle Alternative zur UNO, um die Blockierung von Beschlüssen durch Russland und China zu umgehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Reformierungsbedürftig

NATO

<ul style="list-style-type: none"> • Wiederbelebung des Bündnisses ist erforderlich • Historische Führungsrolle der USA muss gewahrt bleiben • Georgien und die Ukraine müssen schnellstmöglich als neue Mitglieder aufgenommen werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederbelebung des Bündnisses ist erforderlich • Die USA müssen bescheidener auftreten, wenn sie Unterstützung und Beistand von ihren europäischen Verbündeten erhalten wollen
---	---

Europäische Union

<ul style="list-style-type: none"> • Europäer sind wichtige Partner • Angestrebt wird ein kooperativeres Verhältnis als unter der Bush-Regierung • Überlegenheitsanspruch und Führungsanspruch der USA • EU soll sich stärker an der NATO orientieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäer sind wichtige Partner • Angestrebt wird ein kooperatives Verhältnis auf der Grundlage der Gleichberechtigung
---	--

Irak

<ul style="list-style-type: none"> • Irak ist die „zentrale Front“ im Krieg gegen den internationalen Terrorismus • Wenn die USA im Irak versagen, wird Al Qaida gestärkt • Krieg kann noch gewonnen werden • Abzug bis 2013 	<ul style="list-style-type: none"> • Irak ist niemals Brennpunkt des internationalen Terrorismus gewesen • US-Invasion hatte negative Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Europäern • Abzug nahezu aller US-Truppen aus dem Irak innerhalb von 16 Monaten
--	--

Afghanistan und Pakistan

<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkung der in Afghanistan eingesetzten Truppen • Aufhebung der Dislozierungsbeschränkungen der Verbündeten 	<ul style="list-style-type: none"> • Krieg gegen den internationalen Terrorismus kann nur im Kampf mit Al Qaida in Afghanistan und Pakistan entschieden werden. • Verstärkung der dortigen Truppen wird durch Irak-Abzug möglich • US-Angriffe auch innerhalb Pakistans
--	--



Nahost-Konflikt

<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Friedensverhandlungen • Terrorismus muss besiegt werden • Verpflichtungen gegenüber Israel einhalten • Ablehnung eines Palästinenserstaates 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Friedensverhandlungen • Terrorismus muss besiegt werden • Pro-palästinensische Aussagen • Zweistaatenlösung
--	--

Iran

<ul style="list-style-type: none"> • Der Iran darf keine Atomwaffen bauen • Ökonomische Sanktionen angemessen, Militäraktion nicht auszuschließen • Lehnt direkte Verhandlungen der USA mit dem Iran ab • Allianz der Demokratien soll verhandeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Iran darf keine Atomwaffen bauen • Ökonomische Sanktionen angemessen, Militäraktion nicht auszuschließen • Befürwortet direkte Verhandlungen der USA mit dem Iran • Russland und China müssen in die Verhandlungen einbezogen werden
---	---

Georgien-Krieg

<ul style="list-style-type: none"> • Russland führte eine unprovokierte Invasion durch • Russland muss verurteilt und international isoliert werden • Souveränitätsgarantien für die durch die russische Schwarzmeerflotte bedrohten Staaten • Sicherheit der BTC-Ölpipeleine verstärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Fordert Russland und Georgien zur Zurückhaltung auf • Setzt sich für eine Verhandlungslösung ein • Verurteilt ungerechtfertigte Invasion durch Russland • Fordert Rückzug der russischen Truppen aus ganz Georgien
--	---

Verhältnis zu Russland

<ul style="list-style-type: none"> • Isolierungs- und Eindämmungspolitik soll Russland schwächen • Russland soll aus der G8-Gruppe ausgeschlossen werden • Wirtschafts- und Militärhilfe für westlich orientierte Nachbarn Russlands soll verstärkt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • „Kooperatives Engagement mit der russischen Regierung und Freundschaft mit dem russischen Volk“
---	---

US-Streitkräfte

<ul style="list-style-type: none"> • Abstützung auf starke Streitkräfte • Vorbeugender Einsatz ist möglich • Armee und Marineinfanterie sollen um 150.000 Soldaten aufgestockt werden • Verbesserung Ausbildung und Ausrüstung 	<ul style="list-style-type: none"> • Notwendigkeit einsatzbereiter Streitkräfte wird anerkannt • Armee und Marineinfanterie sollen um 92.000 Soldaten aufgestockt werden • Verbesserung Ausbildung und Ausrüstung • Parallel: Ausweitung Civil Service, Anpassung Nationalgarde
--	---

■

Russland im Übergang zur autoritären Gesellschaft

Hochrangige Fachtagung führte deutsche und russische
Wissenschaftler zusammen

Die profilierte Kooperation unserer Akademie mit dem Zentrum für Deutschlandstudien des Europainstituts der Russischen Akademie der Wissenschaften fand in einer hochrangigen Fachtagung ihre Fortsetzung, die auf der Tradition gemeinsamer Gespräche in Moskau und Tutzing aufbaute. Zur russischen Delegation gehörten führende Experten, ehemalige Diplomaten und Politikberater, die nicht nur Zeitzeugen der russischen und deutschen Geschichte sind, sondern diese (wie etwa Nikolai Schmeljow, der zum engsten Zirkel um Gorbatschow gehört), auch mitgeprägt haben. Ein ausgesuchter Teilnehmerkreis diskutierte politische und wirtschaftspolitische Entwicklungen der deutsch-russischen Beziehungen.

Zum Auftakt der Tagung unter Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter erläuterte Nikolai Schmeljow, Direktor des Europainstituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, die Entwicklungsperspektiven Russ-

struktur, im Transportsektor und bei der „nicht optimalen“ Geldverteilung im Zuge von Privatisierungen. Die Ordnungsfunktion des Staates sei von besonderer Bedeutung, da der private Sektor noch nicht aktiv und innovativ

aber, dass das europäisch-russische Kooperationsabkommen mager und die strategische Partnerschaft zu Russland fast substanzlos sei. Russland habe sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus schnell an die Seite Amerikas gestellt, betrachte die NATO aber als einen gegen Russland gerichteten Feind. Auch von westlicher Seite gäbe es Versäumnisse, insbesondere in der Kommunikation. Weder die Erweiterung der NATO, noch das Partnership-for-Peace-Program in Zentralasien oder eine Reihe kleiner „frozen conflicts“ wurden mit Moskau ausreichend besprochen.

Aspekte und Bedeutung der politischen Kultur beschrieb Leonid Luks (Katholische Universität Eichstätt). Das Verhältnis von Zar und Volk und die Zarentreue der unteren Bildungsschichten werde heute romantisch verklärt. Bemerkenswert sei die Selbstwahrnehmung der „reifen Avantgarde“ gegenüber den „unreifen Massen“. Ein erheblicher Einschnitt der postsowjetischen Zeit war, dass Gorbatschow das Unfehlbarkeitsprinzip der KPdSU aufgab – und damit die Partei bei der Bevölkerung potenziell diskreditierte. Mit Putin, so Luks, sei der Übergang von einer offenen zu einer autoritären Gesellschaft vollzogen.



Horst Teltschik (Mitte): Europäisch-russisches Kooperationsabkommen mager und strategische Partnerschaft zu Russland fast substanzlos. (rechts: Nikolai Schmeljow, links: Heinrich Oberreuter)

lands nach der Parlamentswahl. Die Marktwirtschaft werde weiter ausgebaut, Rückschläge gäbe es allerdings bei der Entwicklung demokratischer Strukturen. Schmeljow stellte das Innovationsprogramm der russischen Regierung dar („Investitionen, Infrastruktur und Institutionen“) betonte aber, dass der Wirtschaftsaufbau nichts mit der Frage nach Demokratie zu tun habe. Probleme gäbe es in der Infra-

genug sei. Zu den großen Herausforderungen, so Schmeljow, gehörten die Einkommensunterschiede und die Bedrohungen durch Korruption und Kriminalität. Allerdings hätte Russland auch erhebliche Währungsreserven und viele Milliarden US-Dollar in den Westen investiert.

Der frühere Kanzlerberater Horst Teltschik betonte die Bedeutung der politischen Zusammenarbeit, kritisierte

Vielschichtiges Parteiensystem

Alexej Gromyko erklärte die verschiedenen Parteien im russischen politischen Systems. Die größte Partei, „Einiges Russland“, sei als frühere Führungspartei eine Kaderpartei, eine Partei der Macht und habe wenig Massenmitgliedschaft. Neu sei die Gründung politischer Clubs und eine vielfältige politische Landschaft. In der Opposition fänden sich die KP der Russischen Föderation (eine Volkspar-



tei, die auf der Basis des Klassensystems aufgebaut sei), die Partei „Rechtes Russland“ (eine populistische Partei, die soziale Gerechtigkeit als Basis anführe), die „Partei der Veteranen“ (eine demagogische, von Schirinowski geführte Partei mit vielen armen Anhängern) und die als Revolutionisten zu bezeichnenden „Nationalbolschewisten“.

Oligarchische Strukturen

Margareta Mommsen (Universität München) beklagte die defekte Demokratie und den Autoritarismus des Systems Medwedjew. Die Ziele des Wandels seien eine Verfassungsreform, institutionelle Entwicklung und ein gewisser Parteienpluralismus. Doch käme im gegenwärtigen „trial and error“ gerade die Verfassung zu kurz. Positiv hätten sich, so Mommsen, Elemente der Gewaltenteilung entwickelt. Negativ sei hingegen, dass statt Pluralismus eine Präsidialhegemonie herrsche und informelle oligarchische Strukturen für Ungerechtigkeit sorgten. Außerdem resultiere der gegenwärtige Übergangsautoritarismus aus einem manipulierten Machttransfer. Zwar habe die Regierungsspitze nicht die alleinige Deutungshoheit und ebenso sei ein Machtverlust der „Silowiki“ (die Chefs der Sicherheitsbehörden) zu erwarten, die führende Partei aber sei nicht ausreichend am Kabinett beteiligt.

Zum Verhältnis von Europa zu Russland führte Valentin Fjodorow aus, dass Russland sich nicht als Energielieferant missbrauchen lassen möchte. Die Energievorkommen im Osten und die Beziehungen zu Asien schufen neue Möglichkeiten: „Der Osten ist wirtschaftlich wichtiger als Europa“. Russland müsse eine eigene High-Tech-Industrie entwickeln und wolle sich nicht auf Europa einengen lassen. Fjodorow kritisierte, Europa verhalte sich nicht immer korrekt, gerade in der Geldpolitik, und sei schwerfällig und undynamisch.

An die große Hoffnung nach dem Ende der Sowjetunion, an das Partnerschaftsabkommen von 1994 und an die strategische Partnerschaft von 1999 erinnerte der frühere Europaminister Reinhold Bocklet. Russland sei den großen Wirtschaftsdemokratien ebenbürtig – es existierten mehrere gemeinsame Interessenräume. Problematisch seien allerdings die Stimmen der „Russland-Zweifler“ wie z.B. Polen und die baltischen Staaten. Zur Annäherung durch Verflechtung gäbe es aber keine Alternative. Die Zukunft werde eine Doppelstrategie notwendig

fahren, die Effizienz in der Verwaltung steigern, für Entmonopolisierung und Wettbewerb sorgen, das Steuersystem reformieren und die Korruption bekämpfen. Troschke allerdings kritisierte: „Der Aufholprozess ist zu langsam und Russland hat das verdiente Geld nicht gut re-investiert!“ Der Gasexport und kurzfristige Konsummarktentwicklungen seien nicht nachhaltig und es werde zu wenig in Neu-Explorationen investiert. Ferner sei es unerlässlich, Russland in Pipelineplanungen mit einzubeziehen: „Russland zu umgehen ist Unsinn.“



Empfang im Prinz-Carl-Palais durch die Bayerische Staatsregierung, vertreten durch Staatsminister Eberhard Sinner (Mitte: rechts neben Delegationsleiter Nikolai Schmeljow)

machen, in der Russland außenpolitisch sowohl Partner als auch Konkurrent sein könne.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen analysierten Vladislav Below und Manuela Troschke (Osteuropainstitut Regensburg). Russland habe hohe Zuwachsraten, die Wirtschaft habe sich durch den niedrigen Rubel erholt. Deutsche Unternehmen hätten viele Vorteile in Russland: Gute Bedingungen und eine wachsende Binnenkonjunktur, ein hoher Bedarf an Investitionsgütern und immer bessere Rechtssicherheit. Bürokratie, Behördenwillkür und widersprüchliche Gesetze und Regelungen allerdings sorgten für erhebliche Nachteile. Die neue Regierung wolle die Liberalisierung vorantreiben, Innovationsprogramme

Vorbereitungen auf Atomkrieg

Wladimir Sacharow vom Russischen Staatsarchiv beschrieb die militärpolitischen, strategischen und ökonomischen Grundlagen der russischen Militärdoktrin. Militärpolitisch gehe es um die Weltlage, um den Gewinn von Sicherheit, die Abwendung militärischer Gefahren und um Kernwaffen als Eindämmungsfaktor. Zu den konkreten Aufgaben gehörten die Friedenssicherung, das Abwenden von Angriffen, das Schützen von Bündnispartnern und das Lösen von Konflikten auf russischem Territorium. Schließlich müsse eine wirtschaftliche Grundlage hergestellt werden, um die finanziellen und materiellen Bedürfnisse der Streitkräfte zu sichern.

Offen sei, wie Kriege in Zukunft geführt werden. Es existierten Vorbereitungen auf einen Krieg mit Atomwaffen (gegen andere Atommächte), aber auch auf den Einsatz konventioneller Mittel (gegen die NATO und gegen China). Strategische Flotten würden nur im Pazifik und in der russischen Nordsee stationiert, auch wenn Moskau befürchte, dass das Schwarze Meer eine „Binnensee der NATO“ würde.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Stephen Larrabee (RAND Corporation) beschrieb Russlands Militärpolitik als eine neue Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität, indem Moskau auf privilegierten Zugang und die Einflusszonen des ehemaligen Sowjetraumes bestehe. Larrabee betonte, die neuen russischen Trennlinien richteten sich gegen europäische Sicherheitsbemühungen. Die Tür der NATO müsse dennoch immer offen bleiben für Russland.

Russische Eigenheiten

Mit Fragen des jeweils deutschen und russischen Image beschäftigte sich Igor Maximytschew und erinnerte an Russenfeindlichkeit und Russophobie. Auch hielten sich falsche Russlandbilder in Schulbüchern. Das gute Image Deutschlands in Russland hätte sich erst nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion geändert. Nach dem Krieg entwickelte sich in der Sowjetunion ein gewisser Neid auf das bessere Lebensniveau in der DDR. Entscheidend in der jüngsten Geschichte sei gewesen, dass nicht nur die russische Regierung, sondern auch die Bevölkerung den einseitigen Rückzug aus der DDR akzeptiert hätte.

Roland Höhne (Universität Kassel) zeigte, dass neue Perzeptionsmuster zunehmend westlich geprägt seien, parallel aber noch traditionelle Muster existierten. Das jeweilige Russlandbild sei auch abhängig von der Generationenzugehörigkeit, von Kriegserfahrung, von Familie und Bildung. Eine der spannenden Fragen sei, ob Russland zu Europa gehöre, oder ob es eine eigene Welt sei. Russland verfüge zwar über eine große Kooperationsfähigkeit, die volatile wirtschaftliche Leistungs-

fähigkeit und die Strukturdefizite seien aber Kennzeichen für Russlands Eigenheiten.

Horst Möller, Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, lobte die Qualität von Quellensammlungen und den immer besseren Zugang zu Material. In den so genannten Geschichtskontroversen gäbe es allerdings auch

land zählten fast 40 Millionen Bürger zur „Jugend“ und diese werde angesichts der alternden Gesellschaft immer wichtiger. Politisch interessiert sei nur etwa ein Drittel, politisch aktiv sogar nur etwa 2 Prozent. Weniger als die Hälfte ginge zur Wahl. Arbeitslosigkeit und hohe Mieten verschärften die sozialen Probleme. Allerdings gäbe es auch neue Förderprogramme wie



Eine deutliche Mehrheit für die deutsch-russische Freundschaft: Besuch im Bayerischen Landtag

hausgemachte Probleme, wie den deutschen Föderalismus, der Historiker- und Schulbuchkommissionen vor das Problem unterschiedlicher Bildungspolitik stelle. In Frankreich dagegen gäbe es je *ein* Schulbuch und *eine* Bildungspolitik.

Zum Abschluss der Tagung erläuterte Ekaterina Timoschenkowa die Situation von Russlands Jugend. In Russ-

das „Programm für junge Familien“ oder „Ein Schritt ins Leben“ (für Problemfälle).

Am Ende des intensiven Fachaustausches und der lebhaften Diskussionen regte Heinrich Oberreuter eine Fortsetzung der Tagung an. ■

Saskia Hieber

Siehe Presseschau Seite 39



Bayerische Geschichte in den Tagungspausen: die russische Delegation bei Schloss Linderhof

„Der Rückzug Russlands ist vorbei“

Der russische Deutschlandexperte Igor Maximytschew über die internationale Lage nach dem Kaukasus-Konflikt

Report: Herr Maximytschew, wer ist nach Ihrer Ansicht der Schuldige am Krieg im Kaukasus?

Igor Maximytschew: An der Antwort gibt es nicht den geringsten Zweifel: Schuld ist der, der den Krieg beginnt. Der die Frauen, Kinder und Greise mit modernsten Waffen beschießt. Das war Saakaschwili, das war die grusinische Armee. Ich komme aus dem Staunen nicht heraus, warum in der freien Presse des freien Westens gerade die umgekehrte These breitgetreten wird, nämlich dass Russland der Aggressor ist.

Report: Warum sprechen Sie von Grusinen und nicht von Georgiern?

Ein aggressiver Staat darf sich nicht mit St. Georg in Verbindung bringen. Solange dieses Land andere bedroht, weigere ich mich, den von ihm erfundenen Namen in den Mund zu nehmen. Seit 200 Jahren, als die Grusinen den russischen Zaren um Schutz gegen die Türken und Perser ersucht haben, heißt dieses Land Grusien und niemand nahm bis heute Anstoss daran. Übrigens nennen die Grusinen selbst ihr Land „Sakartwelo“. Das Experiment mit „Georgia“ weist offensichtlich in Richtung der Anbiederung an die USA hin.

Warum sieht man bei uns im Westen die Rolle des Aggressors genau anders herum als Sie?

Der Westen ist in der Führung eines Informationskrieges viel versierter als Russland. Die freie Presse des freien Westens steht unter dem generellen Einfluss amerikanischer Medien. Die Wahrheit ist für die deutschen Medien, was die Amerikaner sagen. Saakaschwili ist ein Schoßhund der Amerikaner. Die Grusinen sind von ihnen mit neuesten Waffen versorgt worden. Die USA haben alle ihre Pläne im Kaukasus mit Grusien verbunden.

Stützen Sie die These vom Stellvertreterkrieg?

Ich zögere zu glauben, dass Saakaschwili von den Amerikanern angestiftet wurde. Er hat wahrscheinlich die Zeichen aus Washington missverstanden. Er ist sich aber sicher, dass er von Amerika unterstützt wird – komme,



Igor Maximytschew: „Aggressionen werden wir nicht hinnehmen“

Foto: Schröder

was wolle. Die grusinische Armee wird ganz schnell wieder aufgerüstet, mit noch moderneren Waffen. Deshalb wäre anzunehmen, das Abenteuer könnte noch einmal wiederholt werden.

Was waren die Ziele Russlands bei dieser Auseinandersetzung?

Sie waren sehr begrenzt. Erstens: einer humanitären Katastrophe vorzubeugen. Zweitens: die Morde an der Zivilbevölkerung zu stoppen. Und drittens: die eigenen Soldaten der Frie-

„Saakaschwili ist ein Schoßhund der Amerikaner“

denstruppe zu beschützen. Es waren Werte zu verteidigen – deshalb hat auch die russische Bevölkerung diese Aktion sehr breit unterstützt und ihr zugestimmt.

War es ein Kriegsziel, den Beitritt Georgiens zur NATO zu verhindern?

Auf keinen Fall. Die Entwicklung der letzten Wochen wird die Aufnahme vielleicht sogar beschleunigen. Wenn das ein Ziel gewesen wäre, hätten die russischen Soldaten die Hauptstadt Tiflis erobern müssen. Der Weg war frei. Die grusinische Armee war auf der Flucht.

Welche Bedeutung hat das 6-Punkte-Papier von Medwedjew und Sarkozy?

Sarkozy wollte das Regime von Saakaschwili retten. Im Westen behauptet man manchmal, die Franzosen hätten das Papier schlampig zusammengestellt, denn verschiedene Deutungen seien möglich. Mehr konnte er freilich nicht erreichen, aber sein Hauptziel ist realisiert worden: Saakaschwili bleibt der grusinische Präsident. Die sechs Punkte sind ein unzertrennbar Ganzes. Jetzt kommt die übliche Masche des Westens; man greift einen Punkt heraus und sagt: Die Russen müssen sich zurückziehen. Sie werden sich zurückziehen, wenn auch die grusinische Armee auf ihre alten Positionen vor dem Krieg zurückgeht. Dabei muss die Sicherheit von Südossetien und Abchasien gewährleistet sein.

Sehen Sie Russland nach dem Konflikt international isoliert?

Wieso ist der Westen nach der Anerkennung des Kosovo nicht isoliert gewesen? Es setzt ein langatmiger Prozess der allmählichen Anerkennung der politischen Tatsachen ein.

Muss die Ukraine Angst haben, ein zweites Georgien zu werden?

Wenn ein Angriff gegen Russland von der Ukraine bzw. von der Ukraine aus erfolgt, dann muss sie Angst vor Russland haben. Wir haben bewiesen, dass wir imstande sind, eine Aggression abzuwehren. Wir wollen jedoch nicht mehr als das, was wir haben. Russland ist eine typische status-quo-Macht. Alles, was nach dem 8. August passiert ist, war Zugzwang. Saakaschwili hat uns die Situation aufgezwungen.

Wird der Kaukasus-Konflikt die Beziehungen Deutschlands und Europas zu Russland dauerhaft belasten?

Das hängt nicht von uns ab. Russland ist daran nicht interessiert. Aber wenn etwas gegen uns unternommen wird, wird es eine Antwort darauf geben. Das müssen die EU-Europäer wissen und in Rechnung stellen. Alles Mögliche schweigend oder protestierend hinnehmen ist von nun an nicht unsere Politik.

Leiden auch die wirtschaftlichen Kontakte, wenn die politischen Beziehungen belastet sind?

Im Prinzip ja – das ist eine Einheit. Die deutsch-russischen wirtschaftlichen Beziehungen sind jedoch sehr entwickelt und vernünftig; sie scheinen auch die politischen positiv zu beeinflussen.

War das Erdöl im Kaukasus auch ein Kriegsgrund?

Nein. Die Pipeline war in der Reichweite unserer Truppen, die ja nur Divisionsstärke hatten. Für die Luftlandetruppen wäre die Unterbrechung einer Pipeline keine Schwierigkeit gewesen. Es ging um Werte und Sicherheit – nicht um Öl.

Droht am Horizont ein neuer Kalter Krieg?

Ich frage mich oft, ob wir jemals nicht im Kalten Krieg waren. Russland hat seinerzeit die Ankündigung ernst genommen, 1990 sei der Kalte Krieg beendet. Von uns aus waren diese Jahre auch kein Kalter Krieg mehr. Aber der Westen hat die NATO-Erweiterung und die Aufrüstung vorangetrieben. Wir haben die Raketen mit Mehrfachsprengköpfen verschrottet – die Amerikaner haben ihre Raketen im Depot gelassen.

Musste der neue russische Präsident Medwedjew auf der internationalen Bühne ein wenig die Muskeln zeigen und spielen lassen? Wollte er demonstrieren: Russland ist noch wer in der internationalen Politik?

Nein. Medwedjew ist ein Verhandler, kein Kämpfer, kein Muskelspieler.

Zur Person: Der russische Politikwissenschaftler Igor F. Maximytschew wurde 1932 in Turkmenien geboren. Von 1950 bis 1956 studierte er am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen. Von 1956 bis 1992 war er im diplomatischen Dienst der UdSSR und später Russlands. Als Gesandter in Berlin von 1987 bis 1992 war er Augenzeuge des Mauerfalls am 9. November 1989 und der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, die er in der Sowjetischen Botschaft Unter den Linden erlebte. Seit 1993 ist er in Moskau Professor am Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften Russlands, Bereich Europäische Sicherheit.

Sein erster Schritt auf dem internationalen Parkett war, ein effektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem vorzuschlagen. Er würde gerne neue internationale Verträge aushandeln.

Hat Russland das Gefühl, international zu oft über den Tisch gezogen worden zu sein? Will man sich das nicht mehr gefallen lassen?

Die Zeit des Rückzugs ist vorbei. Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Weiter geht es nicht. Das muss die an-

Ich würde nicht von zwei Polen sprechen. Die Zeiten der bilateralen Welt sind aus und vorbei. Wir wollen dahin auch nicht zurück. Wir müssen China, Indien und Südamerika mehr beachten und in unsere Überlegungen einbeziehen. Wir leben ja bereits in einer polyzentrischen Welt.

Haben die deutschen Medien objektiv über den Georgien-Krieg berichtet?

Ein Grusien-Krieg war das nicht. Es handelte sich um einen Konflikt zwi-



Grafik: Globus

dere Seite wissen. Die Zeiten von Gorbatschow und Jelzin sind endgültig vorbei. Auch die Anfangszeit von Putin war ganz anders, als er die Militärbasen auf Cuba und in Vietnam schloß. Aber für unsere Abrüstung gab es keine Dankbarkeit und keine Gegenleistung.

Tritt neben die Weltmacht USA wieder der zweite Pol Moskau?

schen Südossetien und Abchasien einerseits und Grusien andererseits. Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich die deutschen Zeitungen lese. Es gibt da Verleumdung über Verleumdung. Ich erkenne nur wenige Versuche, die Wahrheit herauszufinden. ■

Ich bedanke mich für das Gespräch.

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Gelenkte Medien in Russland

Internet eine „Insel der Freiheit“

„18 Journalisten sind in den letzten Jahren in Russland im Zusammenhang mit ihrem Beruf ermordet worden, ohne dass die Taten aufgeklärt wurden“. Dieses brutale Schlaglicht auf die Verhältnisse der Medienfreiheit in Russland warf gleich zu Beginn die Journalistin Gemma Pörzgen. Die Schuldigen seien selten und nur sehr schwer dingfest zu machen. Russland sei eben weit von einem Rechtsstaat entfernt. Pörzgen beschäftigt sich als Journalistin verstärkt mit russischen Themen. Zudem ist sie engagiert bei „Reporter ohne Grenzen“. Der Verein setzt sich weltweit für die Achtung der Pressefreiheit und verfolgte Journalisten ein.

Die Massenmedien würden im System Putin als Instrument der Machtsicherung gesehen. Das staatlich kontrollierte Fernsehen sei das wichtigste Medium: 80 Prozent der Russen bezögen ihre politischen Informationen aus dem Fernsehen.



Gemma Pörzgen: Der russische Journalismus leidet unter der Selbstzensur der Redakteure

Foto: Kästner

Dort dominiere die kremelfreundliche Hofberichterstattung, die an sowjetische Zeiten erinnere. Der ständig transportierte Kern der Nachrichten: Der Präsident arbeite stets fleißig zum Wohl der Bevölkerung. Tageszeitungen – auch die kremelkritischen – seien außerhalb der Metropolen weniger bedeutsam.

Vor den letzten Präsidentschaftswahlen habe es eine einseitige Berichterstattung zugunsten des Putin-Kandi-

daten Medwedjew gegeben. Die Medien würden häufig staatsnahen Oligarchen gehören und glichen staatlichen Unternehmen. Pörzgen berichtete von einem geflügelten Wort in der russischen Wirtschaft: „Wenn Sie wollen, dass sich Ihre Geschäfte gut entwickeln, dann kaufen Sie sich eine Zeitung und loben den Kreml“.

Journalisten würden in Russland nicht als unabhängige Instanz akzeptiert. Früher hatten sie sich für die Sache Jelzins gegen die Kommunisten einspannen lassen. Sie selbst sehen sich eher als Kämpfer für eine gute Sache denn als neutraler Vermittler von Informationen.

Entpolitisierung

Pörzgen beklagte eine Entpolitisierung des Journalismus und Hinwendung zu unverfänglichen und seichten Themen der Unterhaltung. Es gebe zwar keine Zensurbehörde mehr, aber Instrumente wie das Extremismusgesetz, das die Verleumdung von Beamten unter Strafe stelle, seien wirksame Kontrollmechanismen. Zudem leide der russische Journalismus unter der Selbstzensur der Redakteure. Politisch heiße Eisen würden aus Angst vor Verfolgung, Unterdrückung oder dem Boykott von

Anzeigen eben gar nicht angefasst. Das staatliche Vertriebsmonopol stelle überdies einen Nachteil für oppositionelle Zeitungen dar, die ohnehin nur in den Metropolen ihre Wirkung entfalten würden. Es gebe zwar keine Gleichschaltung und zentrale Steuerung der Medien mehr wie noch unter den Sowjets, aber die Lenkung sei unverkennbar.

Das Internet und die Aktivitäten der Blogger bezeichnete die in Russland aufgewachsene Autorin als nicht zensierte „Insel der Freiheit“. Es gebe über eine Million russischsprachige Weblogs in 90 Ländern. „Das ist eine wichtige Informationsquelle und weltweite Gegenöffentlichkeit gegen die Medienmacht der russischen Oligarchen“, sagte Pörzgen. Es gebe eine große politische Bandbreite von den Kommunisten bis zu den Faschisten und keine Thementabus. Häufig sei dies auch ein Betätigungsfeld für entlassene regimekritische Journalisten. Diese Medien förderten die Demokratie, seien aber auch aus technischen Gründen für eine Mehrheit der Russen nicht zu empfangen. Deshalb sei der Einfluss eher gering. Die Herren im Kreml fürchteten einerseits diese Opposition nach dem Vorbild der „Orangen Revolution“ in der Ukraine, andererseits würde aber auch eine kritische Masse von etwa fünf Prozent Opposition in der Gesellschaft geduldet. Diese Masse dürfe nur nicht anwachsen.

Nach den aktuellen Entwicklungen und Änderungen unter dem neuen Präsidenten Medwedjew befragt, sagte Pörzgen, es gebe beunruhigende Signale. Eine erste Verurteilung wegen Internetaktivitäten wurde bekannt, aber es zeichne sich noch kein klares Bild ab. Immerhin gab es noch keine einschneidenden Änderungen zu Lasten der Medienfreiheit und keine Verschärfung des Extremismusgesetzes, sagte die Russlandexpertin. ■

*Michael Schröder/
Kati Kästner*

Linktipps:

<http://www.krusenstern.ch/>

<http://www.reporter-ohne-grenzen.de/>

Buchtipp:

Gemma Pörzgen: *Gasprom – Die Macht aus der Pipeline*. EVA, Hamburg 2007
ISBN: 978-3-434-46814-1

„Schlechter Journalismus ist gefährlich für die Demokratie“

Erosionen der Medienfreiheit in Deutschland

Führen die aktuell diskutierten Sicherheitsgesetze zur Terroristenbekämpfung wie Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung zu einer Einschränkung der Medienfreiheit? Und leidet unter dem Stellenabbau in den Redaktionen und dem finanziellen Druck der Anzeigenkunden die Qualität eines freien Journalismus? Experten aus Wissenschaft, Journalismus und Politik diskutierten Gefährdungen der Medienfreiheit in Deutschland.

„Schlechter Journalismus ist gefährlich für unsere Demokratie“. Für Albrecht Ude, Journalist mit dem Themenschwerpunkt Computer und Informationstechnik und aktiv beim „Netzwerk Recherche“, sind die Gesetzesinitiativen zur Terrorismusbekämpfung wie Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung mit sogenannten „Bundestrojanern“ Instrumente, die den Journalismus in Deutschland schlechter machen. Warum? „Weil sich die journalistische Praxis ändert und Informanten verunsichert werden“. Investigativer Journalismus werde so erschwert und mancher Skandal, der ohne geheime Materialien aus Behörden oder Firmen nie öffentlich wird, bleibe unentdeckt.

„Alles über Terroristen erfahren“

Von einem „Zerrbild dieses Staates“ sprach dagegen Hans-Peter Uhl (CSU), innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Es gebe nicht mehr das Spannungsverhältnis Bürger gegen Überwachungsstaat: „Das neue Problem ist der private Datenexhibitionismus der Bürger mit Payback-Karten und privaten Internetseiten“. Mit den neuen Sicherheitsgesetzen werde die Mehrheit der Bevölkerung nie Gegenstand der kritisierten Maßnahmen. Es gebe hohe rechtliche Hürden. Nur bei schwerster Kriminalität und Gefahr im Verzug könne der Präsident des Bundeskriminalamtes einen Antrag auf Online-Durchsuchung stellen. „Dieser Staat hat im

Schlafzimmer der Bürger nichts verloren, aber zu ihrem Schutz muss er alles über Terroristen und ihre Pläne erfahren“, rief Uhl aus.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag besteht auf überwachungsfreien Räumen, auch wenn



Hans-Peter Uhl: „Dieser Staat hat im Schlafzimmer der Bürger nichts verloren“



Jerzy Montag: „Es darf nicht alles technisch Machbare auch umgesetzt werden“



Katja Schreiber: Sicherheitsgesetze unverzichtbar für die Bekämpfung schwerster Kriminalität

dadurch ein Maß an Unsicherheit und Risiko bleibe. „Aber Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung bewirken eine Einschüchterung des Bürgers und erschüttern das Vertrauen in den Staat und die Demokratie.“ Bei der inneren Sicherheitspolitik dürfe nicht alles technisch Machbare auch umgesetzt werden.

Dagegen bestand die Münchner Staatsanwältin Katja Schreiber auf dem Instrument der Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten: „Für uns als Strafverfolger ist sie unverzichtbar“. Als Staatsanwalt sei man nicht

glücklich über die Einschränkungen durch das Bundesverfassungsgericht, aber man müsse und könne auch damit leben.

Auf dem Weg in den Präventionsstaat

Baden-Württembergs oberster Datenschützer Peter Zimmermann sieht die Bundesrepublik weiter auf dem Weg in den Präventionsstaat. Das Bundesverfassungsgericht erweise sich immer mehr als „Reparaturbetrieb der Sicherheitspolitik“ und habe in den vergangenen vier Jahren bei insgesamt acht Entscheidungen deutliche Randkor-

rekturen und Abschwächungen der staatlichen Absichten vorgenommen. Zimmermann betonte das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

„Mit Online-Durchsuchungen fängt man nur digitale Eierdiebe“

Peter Zimmermann

und den Schutz vor staatlichen Eingriffen in Kernbereiche der privaten Lebensgestaltung. Der Schutz der Medienfreiheit sei nur so gut oder schlecht gewährleistet wie diese Rechte auch. Andererseits müsse der Staat



auch Sicherheit für seine Bürger gewährleisten – aber immer unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, wie auch der Passauer Verfassungsrechtler Herbert Bethge hervorhob. Der Staat müsse auf qualitativ neue Gefährdungen reagieren und Gesetze und Grundrechte anpassen. „Das Grundgesetz ist nicht eingriffsresistent“, sagte Bethge.

Unbescholtene im Visier

Zimmermann erkennt deutliche Spuren der bisherigen Sicherheitspolitik und Auswirkungen auf unsere Zivilgesellschaft: Immer mehr Unbescholtene würden ins Visier der Fahnder und Ermittler geraten. Bei einer Rasterfahndung in Baden-Württemberg nach dem 11. September 2001 seien 1,8 Millionen Einwohner (das sind 15 Prozent) in die Schleppnetze der Fahnder geraten. Nach der genauen und sehr arbeitsintensiven Überprüfung sei kein einziger Verdächtiger übrig geblieben.

Scharf wandte sich Datenschützer Zimmermann gegen die Gleichsetzung von Hausdurchsuchung und Online-Durchsuchung mittels in die Computer eingeschleuster Trojaner. „Hier wird hemdsärmelig mit dem Recht umgegangen!“ Bei Hausdurchsuchungen werde mit offenem Visier ermittelt, bei Computer-Ausforschungen dagegen heimlich und verdeckt. Diese „Erosion des Rechtsstaates“ stimme nachdenklich, sagte Zimmermann. Er ergänzte: „Mit Online-Durchsuchungen fängt man nur digitale Eierdiebe“.

Ganz andere Gefährdungen der Pressefreiheit sieht Wolfgang Stöckel, der Vorsitzende des Bayerischen Journalistenverbandes (bjv). Für ihn ist die Substanz des Qualitätsjournalismus gefährdet durch Leiharbeit, Outsourcing und Flucht aus den Tarifverträgen durch die Verleger. „Erhöhter Zeit- und Arbeitsdruck geht zu Lasten der Recherche“, sagte Stöckel.

Martin Balle, Verleger und Chefredakteur des „Straubinger Tagblatts“, wies dagegen auf die Rückgänge im klassischen Anzeigenmarkt und die gestiegenen Kosten hin. „Die Tarifverträge spiegeln nicht mehr die Realität wider. Ich kann einen hochqualifizierten Politikredakteur nicht nach den gleichen Maßstäben entlohnen wie den Studienabbrecher, der im Lokalen die Vereinsberichte abarbeitet.“



Peter Zimmermann: „Immer mehr Unbescholtene geraten ins Visier der Fahnder“



Herbert Bethge: „Auf neue Gefährdungen reagieren und Grundrechte anpassen“

Fotos: Kästner/Schröder

Rainer Reichert, Würzburg-Korrespondent des „Main-Echos“, bot Einblicke in die Alltagspraxis der inneren Pressefreiheit: der Anzeigenkunde diktiert häufig die Terminliste – besonders bei privaten Fernsehstationen – und schlecht bezahlte freie Journalisten müssten sich durch Nebenjobs in der Öffentlichkeitsarbeit über Wasser halten: „Termine beim Weinbauverband kann ich oft gar nicht mehr wahrnehmen, weil meine Leute fast alle nebenbei für den arbeiten.“ Redaktionelle Angebote würden häufig nach fragwürdigen Leserbefragungen auf deren Wünsche und Bedürfnisse zugeschnitten. Dabei wisse niemand, wer „der Leser“ ist: „Früher war ein Manager bei Coca-Cola, jetzt ist er bei uns und demnächst bei BMW. Der weiß dann, was der Leser will“.

Der Journalist habe sich zum Redaktionsmanager gewandelt und das schmale Zeitbudget mache manchmal schwierige und aufwändige Recherchen unmöglich, sagte Reichert:

„Wenn ein Redakteur und ein Volontär beim Sonntagsdienst 16 Seiten produzieren müssen, dann kommt alles, was im Posteingang ist, auch so ins Blatt.“

Kopplungsgeschäfte

Einig waren sich Verleger und Journalisten darin, dass die Medienpolitik gefordert sei, um vernünftige Rahmenbedingungen für eine freie Presse in einer sich rasch wandelnden Medienlandschaft zu gewährleisten. Einigkeit gab es auch in der Ablehnung von Subventionen für die Presse: „Wir wollen frei sein vom Staat“, sagte Martin Balle.

Weniger rechtlich als vielmehr ethisch und mit den Grundsätzen des Pressekodex des Deutschen Presserats argumentierte dessen Geschäftsführer Lutz Tillmanns. Er breitete

eine ganze Palette von Beispielen von Verstößen großer deutscher Tageszeitungen gegen das Schleichwerbeverbot aus: „Die Zahl der Beschwerden gegen diese Bestimmung des Kodex hat in den vergangenen Jahren ständig zugenommen und im letzten Jahr Platz drei in der Rangfolge erreicht“. Immer häufiger und dreister wird von Journalisten gegen das Trennungsgebot von redaktionellem Bericht und bezahlter Anzeige verstoßen. Manche der gezeigten Beispiele waren von Werbetexten nicht mehr zu unterscheiden. Der Verdacht auf Kopplungsgeschäfte liegt nahe und damit wird die Glaubwürdigkeit des Journalismus untergraben und in Frage gestellt. Tillmanns gestand zu, dass an die Tageszeitungen strengere Maßstäbe angelegt werden. Zeitschriften, die oft auch unverhüllt Werbung für Autos, Reisen, Kosmetika, Hotels oder Elektronikartikel machen, würden nicht so oft im Zentrum der Beschwerden stehen. ■

Michael Schröder

Siehe Presseschau S. 39 und 41

Die Expansion der Ratgeber

Medientagung untersucht Trends bei Servotainment und Real-Life-Formaten

Service- und Ratgebersendungen im Fernsehen haben Konjunktur: Kochen und Ernährung, Gesundheit und Medizin, Geld und Finanzen, Einrichten und Wohnen, Kindererziehung, Ehe und Partnerschaft, Psychoberatung – die Themenbandbreite scheint unerschöpflich. Sendungen wie die „Super-Nanny“ oder „Raus aus den Schulden“ erreichen Woche für Woche zwischen vier und fünf Millionen Zuschauer. Angesichts der Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft wird die Ratgeberfunktion der Medien immer wichtiger. Leser, Hörer und Zuschauer erwarten eine Orientierung in der Angebotsfülle von Waren, Dienstleistungen und Lebenszieloptionen. Gemeinsam mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR) wurde die Tagung über „Medien-Nutz und Medien-Lust“ organisiert.

Dieser auf den ersten Blick befremdliche Titel hat ein historisches Vorbild: Bereits 1695 hatte Kaspar Stieler die erste systematische Darstellung des Zeitungswesens „Zeitungs Lust und Nutz“ genannt. Medien als Ratgeber sind also kein neues Thema. Heute stimmen 44 Prozent der Journalisten dieser Rolle zu. Seit 1991 steht die Ratgeberfunktion auch im Medienstaatsvertrag. Besonders mit der Deutschen Einheit wuchs der Beratungsbedarf – vor allem in den neuen Bundesländern, betonte Walter Hömberg, Journalistik-Professor an der Katholischen Universität Eichstätt und Sprecher des MAR. Der heutige Mensch sei ein Orientierungsweise, der sich selbst entfalten und verwirklichen kann, jedoch zunehmend von traditionellen Bindungen gelöst lebe. Hier greife die Funktion von Lebensberatungs-Journalismus, da Alltagserfahrungen häufig nicht mehr innerhalb von Familien weitergegeben werden.

Konsum als Lösung

Hömberg unterscheidet vier Konzepte von Ratgebersendungen: Erstens: Problemdefinition und -lösung kommt vom Journalisten selbst. Zweitens: Rezipienten benennen das Problem und der Journalist weiß die Lösung. In beiden Fällen haben wir es mit einer Autoritätsbeziehung zu tun. Drittens gibt es die Variante, dass das Problem

vom Journalisten definiert wird und die Rezipienten selbst finden die Lösung – das bekannte Muster vieler Nachmittagstalks und Krawallshows. Und viertens kommen das Problem und seine Lösung von den Rezipienten und



Walter Hömberg: „Der heutige Mensch ist ein Orientierungsweise“
Fotos: Görmann

Betroffenen selbst – der Journalist hält sich vollkommen raus und tritt nur noch als Vermittler der Kommunikation auf. Häufig werden über Anzeigen „Experten des Alltags“ gesucht und so wird von Journalisten eine Laienberatung durch Betroffene organisiert. Hömberg stellte einen optimistischen

Grundton bei der medialen Lebensberatung fest: Individuelle Probleme sind lösbar, jedoch vornehmlich durch Konsum. So vermittele das Format „Einsatz in vier Wänden“ den Eindruck, dass durch die Einrichtung einer neuen Wohnung automatisch mehr Lebensglück entstehe.

Hömberg fand zudem heraus, dass Medien mit einer Zielgruppenorientierung unterer Bildungsschichten (wie Bild der Frau) jeweils einen Lösungsweg mit konkreten Anweisungen aufzeigen, während Hoch-Preis-Magazine (wie Cosmopolitan) mehrere Optionen offen halten.

Angebot vervielfacht

Karl Renner, Spezialist für Fernsehjournalismus an der Universität Mainz, stellt eine Expansion der Ratgebersendungen in den letzten 30 Jahren fest. Gab es 1979 nur 39 Sendungen mit einem Schwerpunkt in den Dritten Programmen und einem Sendevolumen von rund 30 Stunden pro Woche, hat sich das Angebot im Jahr 2008 etwa vervielfacht. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zählte er in einer Woche 102 Sendungen mit 78 Stunden und im privaten TV 84 Sendungen mit rund 58 Stunden Ratgeberprogramm. Gab es 1979 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nur zwei Formate, nämlich Magazine und Informationssspots (wie der 7.Sinn), zählt der Medienexperte heute 86 Formate im deutschen Fernsehen.

Viele dieser Sendungen laufen vormittags, zur Mittagszeit oder nachmittags und orientieren sich an täglichen familiären Sammlungsritualen wie Frühstück, Mittagessen oder Nachmittagskaffee. Den Zuschauern soll das Gefühl vermittelt werden, selbst am gedeckten Studiotisch zu sitzen. Elke Jonkmanns, Leiterin der Redaktion des ZDF-Vormittagsmagazins „Volle Kanne“, will genau dieses erreichen und möchte die Zuschauer zu sich an den Frühstückstisch im Studio einladen.



Crossmediale Verbreitung

Besonders wichtig bei Ratgeber- und Servicesendungen sind die crossmedialen Verbreitungswege. Im Internet gibt es zu jeder Sendung weiterführenden Tipps und Links. Insofern wird es spannend zu sehen, welche Möglichkeiten in Zukunft die öffentlich-rechtlichen Anstalten nach Verabschiedung des 12. Rundfunkstaatsvertrages im Internet noch haben werden.

Renner beobachtet einen Trend vom Ratgeber zum Servotainment: „Klassische Ratgebermagazine sind auf bestimmte Gebiete spezialisiert und bringen das in ihrer Titelgestaltung klar zum Ausdruck. Verbrauchermagazine heißen *Geld und Leben* (BR) oder *Markt* (NDR, WDR), Gesundheitsmagazine *Sprechstunde* (BR) oder *Visite* (NDR). Servotainment-Magazine haben dagegen keine thematische Spezialisierung. Sie sind generelle Ratgebersendungen und so gehorchen auch ihre Titel einer anderen Grammatik. Sie tragen so klangvolle Namen wie *Volle Kanne* (ZDF), *Hier um Vier* (MDR), *Daheim und Unterwegs* (WDR) oder heißen schlicht und einfach: *Wir in Bayern* (BR).“ Themen haben Konjunktur: Während Angebote in den Bereichen Wirtschaft, Verbraucher, Lebensführung und Erziehung mehr werden, verschwinden Schule, Beruf und Ausbildung fast völlig von der Palette. Auch die Bereiche Recht und Sicherheit werden weniger im Sendeumfang, während Mode und Computer neu dazukommen. Der Sektor Gesundheit und Medizin bleibt ein öffentlich-rechtliches Monopol – wohl wegen des Alters der Zielgruppe, die für die Werbewirtschaft nicht mehr so interessant ist.

Neue Konzepte

Birgit Engel ist stellvertretende Leiterin des Medizin-Ressorts beim Bayerischen Fernsehen und hat dort im vergangenen Jahr eine Strukturreform ohne Beispiel mitgemacht: Nach 34 Jahren wurde die „Sprechstunde“ mit Antje-Kathrin Kühnemann aus dem Programm genommen und durch das Magazin „Gesundheit!“ ersetzt. „Wir

haben den Markenkern der Sendung geändert: weg von der Assoziation „Kühnemann – Krankheit – Kompetenz“ hin zu „Nutzwert – Kompetenz – Gesundheit.“ Von der monothematischen Expertenrunde mit „Halbgöttern in Weiß“ hin zu einem Magazin mit



Karl Renner: „Viele Ratgeberformate orientieren sich an täglichen familiären Sammlungsritualen“



Birgit Engel verfolgt das Konzept „Nutzwert – Kompetenz – Gesundheit“

einem bunten Themenstrauß ohne Moderation. Der neue Sendeplatz am Dienstag um 19.00 Uhr bringt Filmspots und Expertenstatements. Die Journalisten halten sich im Hintergrund.

Die Zuschauerforschung hatte erbracht, dass die „Sprechstunde“ mit ihrem Konzept und Themen nur noch die über 64-Jährigen erreichte, aber nicht mehr die über 50-Jährigen. „In der Redaktion gab es einen Paradigmenwechsel hin zu Prävention und Ge-

sundheit – also gesunde Ernährung, mehr Bewegung und positiver Stress. Schließlich sollte auch die alternative Medizin einen Stellenwert in der Sendung bekommen“, sagte Engel. Damit reagierte der Sender auch auf den Wellness-Boom in der Gesellschaft. Motto: Gesundes Leben in Bayern macht Spaß! Der Marktanteil des neuen Magazins hat sich bei sieben Prozent eingependelt, während die „Sprechstunde“ zuletzt nur noch fünf Prozent erreichte.

Elke Jonkmanns vermischt beim ZDF-Vormittagsmagazin „Volle Kanne“ Ratgeber- und Service-Angebote mit Unterhaltung und erreicht so immerhin 13 Prozent Marktanteil zwischen 9.00 und 10.30 Uhr. Das Durchschnittsalter der Zuseher ist 64, darunter 60 Prozent Frauen. Sie selbst nennt ihr Magazin deshalb auch „Bügelprogramm“. Georg Felsberg ist der Erfinder des Mittagsformats „ARD-Buffer“ täglich zwischen 12.00 und 13.00 Uhr. Er weiß: „Kinder, Tiere und Kochen gehen immer.“ So erreicht das „Buffer“ täglich 15 Prozent Marktanteil oder rund eine Million Zuschauer.

Keine Besserwisser

Holger Ohmstedt verantwortet beim NDR in Hamburg 150 Sendungen im Ratgeberformat – „öffentlich-rechtliches hardcore“, wie er selbst sagt. Darunter den ARD-Ratgeber Technik, das Gesundheitsmagazin Visite und die Wirtschaftsmagazine „Markt“ und „plusminus“, mit dem er immerhin bis zu 18 Prozent Marktanteil erreicht. Er sagt über das journalistische Selbstverständnis seiner Redaktionen: „Wir wollen Robin Good sein – Lebenshilfe ja, aber bewusst lässig und auf keinen Fall Besserwisser.“ Skandale aufdecken und den Zuschauer die Problemlösung miterleben lassen gehört zum Konzept: „Wenn jemand abzockt, geht unser Team mit der Kamera zum Abzocker hin.“ Ohmstedt verriet, dass sich die Redaktionen idealtypische Lebensläufe von fiktiven Zuschauern ausdenken. Sie beinhalten Familienstand, Beruf, Einkommen, Interessen, Urlaubs- und Konsumvorlieben. Aus diesen ergeben sich wiederum die Themen für Sendungen.

Alle drei sind sich einig beim Thema Schleichwerbung: Sie sei allerdings deutlicher bei den Privatsendern zu erkennen, etwa wenn Möbelpacker mit

wenn die Firmenlogos abgeklebt werden müssen. Georg Felsberg: „Wir haben Kochtöpfe von mehreren Herstellern im Studio und immer wenn ge-

Junge Kundschaft im Internet

Eine große Chance sahen alle Podiumsteilnehmer in einem Medienverbund zwischen Fernsehen und Internet. Holger Ohmstedt ist überzeugt, dass mit Online-Begleitangeboten auch wieder jüngere Zielgruppen für ARD und ZDF und ihre Serviceprogramme interessiert werden können: „Das Durchschnittsalter der Fernsehzuschauer liegt bei 57. Kommt die Sendung als Live-Stream im Internet, sinkt es auf 47. Und die Kundschaft, die sich Programme auf den eigenen Computer herunter lädt, ist im Durchschnitt 37 Jahre alt.“

Am Ende offenbarte Georg Felsberg noch eine sehr konkrete Idee für ein neues Format. Er stellte sich eine Wohngemeinschaft mit vier älteren Damen vor, eine real-life-soap nach dem Vorbild der „Golden Girls“. Hier würde zwar keine direkte, wohl aber indirekte Lebensberatung stattfinden.

*Michael Schröder/
Marcel Görmann*

Siehe Presseschau auf Seite 40



Einig beim Thema Schleichwerbung waren sich die Teilnehmer des Schlusspodiums: von links Holger Ohmstedt (NDR), Moderator Walter Hömberg, Elke Jonkmann (ZDF) und Georg Felsberg (SWR)

Ikea-Logo auf dem Rücken in einer Sendung über Wohnungseinrichtungen gezeigt werden. Die Vermeidung von Schleichwerbung sei geboten und sinnvoll, aber gerade im Servicebereich aufwändig und manchmal mühsam,

kocht wird, tauschen wir sie aus.“ Besonders bei Ratgebersendungen mache es Sinn, Produkte konkret zu benennen – positiv oder negativ. Aber das sei nun einmal verboten.

Vergleich der Ratgebersendungen 1979 und 2008

	Sendewoche 1979 (2/1979)			Sendewoche 2008 (36/2008)		
	Formate	Sendungen	Volumen	Formate	Sendungen	Volumen
ARD	2	2	ca. 1	4	13	5,0
ZDF	3	3	ca. 3	4	17	12,0
3. Progr.	34	34	ca. 25	50	73	61,5
öff.-rechtl	39	39	ca. 30 Std.	58	102	78,5 Std.
private	--	--	--	28	84	57, 5
Gesamt	39	39	ca. 30 Std.	86	186	136, 0 Std.

Erhebung: Prof. Renner, Universität Mainz

Modernisierung eines Verfassungsgrundsatzes

Der deutsche Bundesstaat befindet sich mitten im Reformprozess: 2006 wurde die Föderalismusreform I verabschiedet. Die Föderalismusreform II, welche die Neuordnung des föderalen Finanzsystems betrifft, wird derzeit konzipiert. Gleichzeitig fordern internationale Entwicklungen die Bundesländer heraus. Namhafte Vertreter aus Wissenschaft und Praxis des Föderalismus analysierten die aktuellen Entwicklungen.

Alois Glück, zum Zeitpunkt der Tagung noch Präsident des Bayerischen Landtags, stellte die Rolle der Landesparlamente vor dem Hintergrund der europäischen Integration in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Glück hob hervor, dass Europa und die Glo-



Alois Glück: EU ein unentbehrlicher Raum der Sicherheit und Stabilität

balisierung in unsere unmittelbaren Lebensbereiche hineinstrahlen und den Landtagen die Aufgabe einer „Zusammenschau“ von internationalen und regionalen sowie lokalen Tendenzen zukommt. Glück stellte dabei den Charakter des Föderalismus als staatspolitische Ausprägung des Subsidiaritätsprinzips heraus: Mit dem Vorrang der Eigenverantwortung und der kleineren Einheiten vor der übergeordneten Ebene, der bürgerlichen vor der staatlichen Initiative müsse man Ernst machen. Die Politik solle aber auch verstärkt die Notwendigkeit und die einmalige Erfolgsgeschichte der EU vermitteln. An-

gesichts der problematischen Fragen der Energiereserven, der Ernährung der Weltbevölkerung und des Klimawandels ist die EU, so Glück, ein unentbehrlicher Raum der Sicherheit und Stabilität.

Leistungsfähiges Modell

Im Zeitalter der Globalisierung ist der Föderalismus aufgrund seiner Flexibilität und Fehlertoleranz ein leistungsfähiges politisches Modell. So lautete die Diagnose von Gerhard Robbers, Leiter des Instituts für Europäisches Verfassungsrecht der Universität Trier. Zu den positiven Aspekten des Föderalismus, die Robbers mit Beispielen unterlegte, gehören die Funktion der innerstaatlichen Gewaltenteilung, Förderung der Kulturstaatlichkeit und Stärkung der demokratischen Ordnung. Föderalismus besitzt zudem Innovationspotenzial und leistet Beiträge zur Entspannung politischer Gegensätze, ist Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips und fördert durch die Dezentralisation von staatlichen Eingriffsebenen die Sachbezogenheit und Personennähe politischer Entscheidungen sowie die Friedlichkeit des Zusammenlebens. Als Leitmodell setzt sich Robbers für das Modell eines Solidaritätsföderalismus ein, wobei er durchaus Rückwirkungen der Art und Weise des mitgliedstaatlichen Zusammenwirkens im Rahmen der EU auf die Entwicklung des Föderalismus in Deutschland sieht.

Hans-Peter Schneider, geschäftsführender Direktor des Deutschen Instituts für Föderalismusforschung Hannover und

Föderalismusreform I

Seit dem 1. September 2006 gelten die Bestimmungen der Föderalismusreform zur Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung. Ziel der Reform ist es, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern und die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen. Am 30. Juni 2006 hatten die Abgeordneten der umfassendsten Grundgesetzreform seit 1949 zugestimmt. Die Föderalismusreform soll das Gesetzgebungsverfahren beschleunigen und transparenter machen. Dafür soll die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze von rund 60 Prozent auf 35 bis 40 Prozent sinken. Der Bundestag ist somit seltener auf die Zustimmung des Bundesrates angewiesen. Der Bundesrat muss weiterhin Gesetzen zustimmen, die erhebliche Kosten in den Ländern verursachen oder deren Steuereinnahmen betreffen. Die Länder verzichten also auf einen Teil ihrer Mitwirkung im nationalen Gesetzgebungsverfahren. Im Gegenzug erhalten sie ausschließliche Gesetzgebungskompetenz in zahlreichen Rechtsbereichen, darunter zum Beispiel Strafvollzug, Gaststätten, Versammlung, Presse und Ladenschluss. (aus: <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=562&id=1074> und <http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/foederalismusreform1/index.html>).

gefragter Sachverständiger im Rahmen sowohl der Föderalismusreform I als auch II, dämpfte übersteigerte Erwartungen an die föderalen Umgestaltungen. Die Aufgabe einer innerstaatlichen Strukturreform wie der Föderalismusreform sei nicht zuletzt angesichts der komplexen Vielzahl der

Beteiligten die schwierigste, die man sich denken kann. Dies bestätigt der internationale Vergleich, der zeigt, dass fast alle Föderalismusreformen gescheitert sind. Die Bemühungen, den Föderalismus in Deutschland zu reformieren, bekamen nach ersten im Sande verlaufenden Bemühungen durch die Bildung einer Großen Koalition nach den Bundestagswahlen 2005 und die neue verfassungsändernde Mehrheit neuen Auftrieb. Die vorläufigen Ergebnisse der 2006 verabschiedeten Föderalismusreform I können sich laut Schneider sehen lassen. Die Länder haben in insgesamt siebzehn Bereichen neue Gesetzgebungskompetenzen erhalten, zugleich ist die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze gesunken. Dass das Föderalismussthema in der öffentlichen Debatte eine eher untergeordnete Rolle spielt, hängt laut Schneider schlicht damit zusammen, dass damit keine Stimmen zu gewinnen sind.

Den Ausgleich von Länderinteressen in der politischen Praxis der Föderalismusreform schilderte der ehemalige Chef der Bremer Senatskanzlei Reinhard Hoffmann. Er betonte nachdrücklich, dass für das gute Funktionieren der Bundesstaatlichkeit gleich starke Länder keine Voraussetzung sind. In einem Gemeinwesen gäbe es ungleiche Aufgaben, und da lohnt es sich, auch ungleiche Einheiten zu schaffen. In der Diversifizierung liegen auch Chancen, zu lernen und Fehler zu vermeiden.

Internationalisierung der Bildung

Josef Erhard, Amtschef des Bayerischen Kultusministeriums, hatte mit der Bildungspolitik ein Thema, das von besonderer emotionaler Tragweite und persönlichen Erfahrungen aller Bürger gekennzeichnet ist. Seine Grundfrage lautete: Wie viel Einheitlichkeit in der Bildungspolitik brauchen wir, wie viel Unterschiedlichkeit wollen wir uns weiter leisten? Die Bildungspolitik, Kernstück der Länderhoheit, wird immer mehr vom Bund und der Europäischen Ebene als Politikthema entdeckt. Dabei findet ein Paradigmenwechsel der Bildungspolitik statt. Die-

ser besteht zunächst im Schwenk von der „Input- auf die Output-Orientierung der Bildung“. Standen lange Zeit Vorschriften über Lehrpläne und Stundentafeln im Vordergrund, interessieren nunmehr die Standards am Ende des Bildungsprozesses – mit denen man sich auch internationalen Evaluationen stellen muss. EU und OECD nutzen das geschickt, um die Internationalisierung der Bildung – dies der zweite Paradigmenwechsel der Bildungspolitik – voranzutreiben.

Erhard betonte, dass Bildungspolitik wie kein anderer Bereich zur Länderhoheit gehört. Dabei setzte er sich jedoch für mehr Vergleichbarkeit der Anforderungsniveaus in den zentralen Fächern sowie der Abschlüsse ein. Vereinheitlichungen der Wege und Inhalte zu diesen Abschlüssen lehnte Erhard

Föderalismusreform II

Die Reform des Föderalismus wird fortgesetzt. Bundestag und Bundesrat haben am 15. Dezember 2006 beschlossen, eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (kurz Föderalismuskommission II) einzusetzen. Die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat haben die Kommission am 8. März 2007 konstituiert. Zu Vorsitzenden wurden für den Bundestag der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck und für den Bundesrat der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) gewählt. Die Kommission hat den Auftrag, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbeiten, um diese den veränderten Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb Deutschlands für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik anzupassen. Die Empfehlungen sollen dazu führen, die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und deren aufgabengerechte Finanzausstattung zu stärken. (aus: www.bundestag.de/parlament/gremien/foederalismus2/index.html).

dagegen ab: der Vorzug des Föderalismus, sowohl Aufgaben- als auch Bürgernähe zu gewährleisten und einen Wettbewerb zwischen den Ländern herzustellen, führe letztlich zu einem höheren Bildungsniveau als durch zentralisierte Strukturen.

Schulden-Begrenzungen

Die Reform der Finanzverfassung, die zurzeit von der Föderalismuskommission II unter dem Vorsitz des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) konzipiert wird, war das Thema des ehemaligen bayerischen Finanzministers Kurt Faltlhauser. An den



Kurt Faltlhauser kritisierte dehnbare Formulierungen, unzureichende Berechnungen und fehlende Präzisierungen

derzeit diskutierten Modellen (z.B. der Oettinger-Vorschlag zur Altschuldentilgung, Saarländer Modell eines Fonds zum Abbau von Strukturschulden, Zinslastenhilfefonds-Modell aus Sachsen-Anhalt und das schleswig-holsteinische Modell eines Altschuldentilgungsfonds) kritisierte Faltlhauser teilweise die zu dehnbaren Formulierungen, unzureichenden Berechnungen und fehlenden Präzisierungen. Grundlage für Vereinbarungen über die Neuordnung des Finanzföderalismus in Deutschland müssten strikte, nicht interpretationsfähige Schulden-Begrenzungen sein sowie entsprechende gesetzliche Bindungen der Länder. So hätte Bayern zwischen 2001 und 2005



auch in konjunkturell schwierigen Zeiten Sparprogramme aufgelegt, was zwar zu keinem Beifall geführt hat, aber für das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts notwendig gewesen sei. Als Prinzip für das solidarische Zusammenwirken der Länder unterstrich Falthäuser, dass bei Solidarität auf der Hilfeseite auch eine entsprechende Solidarität in der Ausgabendisziplin der Länder, die Finanzhilfe entgegennehmen, vorhanden sein müsse.

Gisela Färber, Finanzwissenschaftlerin an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und



Gisela Färber: Asymmetrien im deutschen Steuerföderalismus

Mitglied des Nationalen Normenkontrollrats, analysierte die Asymmetrien im deutschen Steuerföderalismus. Zwar haben wir eine weitestgehend zentralisierte Steuergesetzgebung, dennoch existieren de-facto-Asymmetrien bei den Steuererträgen und beim Steuervollzug der Länder. Auf der Grundlage neuester Zahlen belegte und veranschaulichte Färber entsprechende Zusammenhänge. Mit Blick auf die Föderalismusreform II schlussfolgerte sie, dass ein Bürokratieabbau gerade in der Steuerverwaltung zu einer besseren Finanzpolitik für die Bürger und den Standort Deutschland führen würde. Daneben könne ein regelmäßiger Länder-Benchmark zu Steuervollzug und regionaler Inzidenz des föderalen Steuersystems mehr Wissen und Transparenz über die faktischen Auswirkungen der Steuerpolitik hervorbringen. ■

Gero Kellermann

Neues Audimax wird versenkt

Pläne für Hörsaal werden konkret



Hier soll der neue Hörsaal unter der Erde verschwinden

Voraussichtlich im April 2009 sollen die Bauarbeiten für den neuen Hörsaal der Akademie beginnen. Im Herbst werden die Pläne im Tutzingener Gemeinderat diskutiert. Sie sehen vor, den etwa 220 qm großen, flexibel teilbaren Saal einige Meter abgesetzt von der Terrasse im Innenhof zwischen Altbau und altem Hörsaal etwa sechs Meter tief zu versenken. Der Neubau soll umweltverträglich und optisch gefällig mit einer großen Fensterfront zur Seeseite in den Hang eingepasst werden. Der Saal wird Platz für rund 200 Gäste bieten. Der bestehende Park

wird nach Abschluss der Arbeiten wieder angelegt. Bäume sollen nicht gefällt werden. Derzeit wird mit Baukosten von rund drei Millionen Euro gerechnet. Die Planung ist nötig, weil sich der alte Saal aus den 50er-Jahren für renommierte Veranstaltungen immer wieder als zu klein erweist und außerdem schlecht belüftet und nicht klimatisiert ist. Während der Bauarbeiten wird der Seminarbetrieb wohl beeinträchtigt und Tagungen sollen in Container auf dem Gelände der Akademie ausgelagert werden. ■

ms

Gäste in der Akademie

Der amerikanische Politikwissenschaftler und Experte für europäische Sicherheitspolitik F. Stephen Larrabee von der Rand Corporation verbrachte einen längeren Forschungsaufenthalt in der Akademie. Er arbeitete an einem Projekt über „Neue Sicherheitsfaktoren und Impulse in den transatlantischen Beziehungen“. Die Arbeit untersucht, welche Faktoren die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in den nächsten Jahrzehnten am meisten beeinflussen werden und wie Europa und die USA am besten zusammenarbeiten

können, um Sicherheitsrisiken zu kontrollieren und zu überwinden. Larrabees zweites Forschungsprojekt über „Neue Akzente in der Türkischen Außenpolitik“ untersucht die Rolle des Islam als Bestimmungsfaktor in der Türkischen Außenpolitik.

Stefan Müller-Dooch und seine Mitarbeiter Christian Ziegler und Franziska Thiele von der Universität Oldenburg forschten im Haus an ihrem DFG-Projekt zur intellektuellen Biographie von Jürgen Habermas.

Die alternde Republik als Herausforderung

Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung sind die Kennzeichen des demographischen Wandels in Deutschland. Das Durchschnittsalter der Bundesbürger wird bis zum Jahr 2050 deutlich zunehmen. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der Menschen zwischen 20 und 65 Jahren stark zurückgehen wird, werden in 40 Jahren 100 Erwerbstätige für 62 Senioren die Renten finanzieren – heute ist das Verhältnis 100 zu 32. Die Einwohnerzahl wird in Deutschland bis zum Jahr 2050 stark zurückgehen. Unbestritten ist, dass diese Entwicklung tiefgreifende Veränderungen mit sich bringt. Streit entsteht darüber, ob mit dem demographischen Wandel ausschließlich negative Perspektiven verbunden sind oder ob auch positive Aspekte und Chancen vorstellbar erscheinen. Die Politik ist gefordert, Gestaltungsspielräume zu suchen und zu füllen.

Josef Schmid von der Universität Bamberg nannte die drei wichtigsten Faktoren der Bevölkerungsentwicklung: Geburten, Sterbefälle und Zu- und Abwanderungen. Das Hauptproblem in Deutschland bestehe darin, dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung ansteigt und ein Rückgang der Geburtenquote zu verzeichnen ist.



Josef Schmid: Zuwanderungsüberschuss schmilzt allmählich ab
Fotos: Kietzmann

Zusätzlich schmelze der noch bestehende kleine Zuwanderungsüberschuss allmählich ab, womit ein Ausgleich des Geburtendefizits unmöglich wird. Die Zahl der geborenen Kinder ist seit den sechziger Jahren von 2,4 auf 1,3 Geburten pro Frau zurückgegangen. Angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung bis 2050 von 82 auf 75 Mil-

lionen schrumpfen werde, sei die düstere These angebracht, dass der deutschen Politik lediglich die Wahl zwischen einem „Sturzflug“ und einem „beherrschbarem Gleitflug“ bleibe.



Robert Günthner: „Arbeitslosigkeit wird auch in einer schrumpfenden Gesellschaft nicht verschwinden“

Mit den Herausforderungen des demographischen Wandels für die Kommunen befasste sich Reiner Knäusl vom Bayerischen Städtetag. Für ihn wird die deutsche Gesellschaft in Zukunft „weniger, älter, ärmer und bunter“. Allerdings fallen diese Trends bayernweit nicht einheitlich aus, was sich durch erfolgreiche Wirtschaftsförderung erklären lasse. Deren Schwerpunkte seien die Stadtplanung und -entwicklung, die Integrationspolitik, die Familienpolitik, der Städtebau und die Senioren-

politik. Knäusl sieht den demographischen Wandel als Herausforderung und Belastung für die jetzt Berufstätigen, gleichzeitig hätten Senioren noch viel Potenzial und die Schrumpfung der Gesellschaft könne auch als Chance wahrgenommen werden.

Robert Günthner vom DGB Bayern beschäftigen die Auswirkungen der alternden Gesellschaft auf die Arbeitswelt von morgen. Er nannte es positiv, dass die Menschen immer älter würden, warnte jedoch davor, den demographischen Wandel als Deckmantel für Sozialabbau und Entstaatlichung zu missbrauchen. Das Problem der Arbeitslosigkeit werde auch in einer schrumpfenden Gesellschaft nicht verschwinden. Wichtig sei es, innerhalb der Betriebe auf die älter werdenden Belegschaften zu reagieren. Unter den veränderten demographischen Rahmenbedingungen sei eine Höherqualifikation aller Arbeitnehmer durch lebenslanges Lernen sowie die Gesundheitsförderung von großer Bedeutung.

„Nachelterliche Gefährtschaft“

Christine Henry-Huthmacher, Soziologin bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, sprach über Ziele der Familienpolitik in einer alternden Gesellschaft. Die verlängerte Lebenserwartung und der veränderte Lebenszyklus haben Auswirkungen auf die Mutterrolle und führten zu einem veränderten Eltern-Kind-Verhältnis: „Nachelterliche Gefährtschaft“ stelle eine neue Lebensphase dar. Es gebe weniger geradlinige Arbeitsbiographien und dagegen längere Ausbildungszeiten bei gleichzeitigem lebenslangen Lernen. Auch die Familienstruktur habe sich verändert. So sei eine Zunahme von Doppelverdienerhaushalten festzustellen. Gleichzeitig würden die Partnerschaften immer instabiler und die Zahl der Scheidungen sei im Steigen begriffen. Weitere Merkmale einer veränderten Familienstruktur seien instabile Be-



rufsverläufe, informelle Partnerschaften und eine Zunahme der Alleinerziehenden. Der demographische Wandlungsprozess mache eine Richtungsänderung in der Familienpolitik unumgänglich. In der bisherigen Familienpolitik waren unterschiedliche familienpolitische Leitbilder, die Förderung der Familie als übergeordnetes Ziel



Christine Henry-Huthmacher: „Der demographische Wandel macht eine Richtungsänderung in der Familienpolitik unumgänglich“

und ein Verständnis von Familienpolitik als Sozialpolitik bestimmend. In Zukunft gelte es Lebensoptionen- und läufe so zu gestalten, dass Kinder und Fürsorge Teil der Lebensgestaltung werden können. Notwendig sei eine enge Verzahnung von Familien-, Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungspolitik, wobei Geld, Zeit und Infrastrukturen für die Betreuung von Kindern und die Pflege älterer Menschen erforderlich seien. Notwendige Instrumente, um das Ziel der Nachhaltigkeit zu erreichen, stellen Elterngeld, Betreuungsausbau, eine familienfreundliche Personalpolitik und die Gewährung von Kinderzuschlägen dar.

„Doppelter Alterungsprozess“

Jasmin Häcker, Wirtschaftswissenschaftlerin am Forschungszentrum Generationenverträge an der Universität Freiburg, beschäftigte sich in ihrem Beitrag mit der Thematik „Generationenvertrag und Generationengerechtigkeit“ und den damit verbundenen Aufgaben und Perspektiven. Grundle- gend sei die Feststellung, dass die Demographie das Verhältnis von Gene-

rationenvertrag und Generationengerechtigkeit störe. Bezogen auf die Demographie kam die Referentin zu der Erkenntnis, dass geringe Fertilität und steigende Lebenserwartung zu einem „doppelten Alterungsprozess“ führen. Dies zeige die Tatsache, dass immer weniger Junge immer mehr Alte zu versorgen hätten, die zugleich immer älter würden. Gleichzeitig sinken die Einnahmen und steigen die Ausgaben der Sozialversicherung. Die Alters-



Jasmin Häcker sieht keine Alternativen zu einschneidenden Reformen

struktur werde sich in den kommenden Jahrzehnten dramatisch verändern und die Gesamtbevölkerung in Deutschland bis 2050 auf 76,6 Millionen zurückgehen, wobei eine Bevölkerungsimplosion bei den unter 65-Jährigen um 14,2 Millionen und eine Bevölkerungsexplosion bei den über 65-Jährigen um 8,3 Millionen eintreten werde.

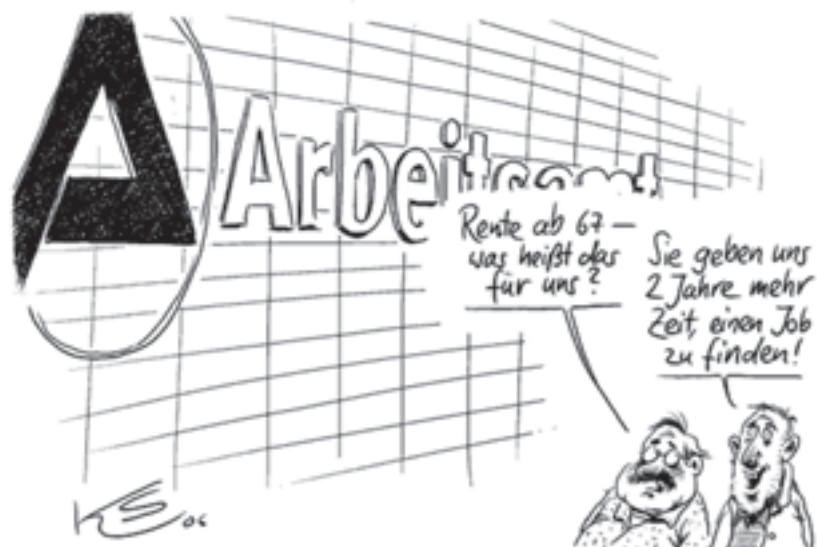
Zur gesetzlichen Rentenversicherung zog die Referentin das Fazit, dass die Reformmaßnahmen die Rente generationengerechter und damit nachhaltiger gemacht hätten. Sie verwies dabei unter anderem auf die Ergänzung durch eine kapitalgedeckte Altersvorsorge, die Anpassung der Rentenformel an die demographischen Gegebenheiten und die Anpassung der Regelaltersgrenze an die höhere Lebenserwartung.

Im Bereich der Krankenversicherung bezog Häcker in Bezug auf den geplanten Gesundheitsfonds eine sehr kritische Position. Weil die starke Demographieabhängigkeit und die Lohnbezogenheit der Beiträge bestehen bleibe, ändere der Gesundheitspool nichts am nicht-nachhaltigen Zustand und der intergenerativen Umverteilung in der Krankenversicherung.

In Bezug auf die Pflegeversicherung kam die Referentin zu dem Zwischenergebnis, dass die starke Demographieabhängigkeit bestehen bleibe, implizite Lasten durch Leistungsausweitung weiter erhöht würden und die Lohnbezogenheit der Beiträge ausgeweitet werde.

Bilanzierend meinte die Referentin, dass es keine Alternativen zu einschneidenden Reformen gebe. Die bisherigen Reformmaßnahmen seien bei der Rentenversicherung positiv, bei der Krankenversicherung neutral und bei der Pflegeversicherung negativ zu bewerten. ■

Benjamin Kietzmann



Zeichnung: Stuttmann

Neue Spielregeln für den Casino-Kapitalismus

Expertenstreit über Reformen beim Management der Weltwirtschaft

Die Vorboten der internationalen Finanz- und Bankenkrise bildeten den Hintergrund einer Fachtagung über ein besseres Management der Weltwirtschaft (Global Economic Governance, kurz GEG). Solchen Debatten kommt in Krisenzeiten eine besondere Aktualität zu. Diagnose und Therapievorschläge fielen allerdings recht unterschiedlich aus. Kooperationspartner war Stefan Schirm von der Ruhruniversität Bochum*.

Während einige Referenten Ungerechtigkeiten im Welthandel anprangeren – so Stefan Schirm – und Reformen vor allem bei der Welthandelsorganisation WTO forderten, verwiesen andere Experten auf die beachtliche Handelsexpansion der letzten zwei Jahrzehnte, die vor allem vielen Entwicklungs- und Schwellenländern genutzt habe. Ähnlich unterschiedlich wurde die Rolle der internationalen Institutionen vor allem des Internationalen Währungsfonds IWF bei der Überwindung von Finanzkrisen beurteilt. Ein weiteres Problem der GEG-Debatte bestehe darin, dass vielfach nicht zwischen normativen und analytischen Zugängen unterschieden werde. Beide Ansätze hätten ihre Berechtigung, denn man müsse Zielvorstellungen formulieren, gleichzeitig aber auch verstehen, wer mit welchen Intentionen handelt, um Lösungsstrategien zu entwickeln.

Spekulationsblase geplatzt

Die aktuelle globale Finanz- und Bankenkrise drängte sich als Schwerpunkt der Tagung auf. Solche Turbulenzen seien – so Martin Hfner, ehemaliger Chefvolkswirt der Hypo-Vereinsbank – im marktwirtschaftlichen System angelegt. Im Finanzsektor könnten sie sich allerdings zu einer Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft entwickeln. Zu beobachten sei vielfach, dass Banken dann risikoreichere Geschäfte eingingen, wenn es einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufwärtstrend gäbe.

Platze eine Spekulationsblase, – wie zuletzt bei Immobilien in den USA – dann drohten massive Rückwirkungen auf die Realwirtschaft, wenn Liquidität knapp wird und keine Kredite mehr vergeben werden.



Martin Hfner: Das Krisenmanagement funktioniert

Glücklicherweise konnte dies zuletzt noch nicht beobachten werden, da die amerikanische Zentralbank FED den Märkten ausreichend Liquidität bereitstellte. Hfner hob hervor, dass bisher das Krisenmanagement funktioniere. Der Staat habe in Kooperation mit anderen Finanzinstituten Bankenzusammenbrche verhindert. Obwohl der Staat gerade in den USA zunehmend Banken unter Aufsicht stellt und interveniert, sei ihre umfassende Verstaatlichung nicht geplant. Für Deutschland sah er den Grund darin, dass hier vor allem öffentliche Landesbanken von

der Krise betroffen seien. Zudem zögerten Politiker, sich auf dem komplizierten Feld des Finanzmanagements „zu profilieren“.

Optimierungsstrategien

Dennoch mahnte Volkswirt Hfner eine stärkere staatliche Regulierung an, so bei der Erhöhung der Transparenz, neuen Bilanzierungsregeln, globalen Aufsichtsstrukturen und der Begrenzung der Rolle der Rating Agenturen, die allerdings auf wenige Bereiche begrenzt werden sollten. Ent-

scheidend seien aber Optimierungsstrategien der Banken, um ihre Liquiditäts- und Risikomanagementsysteme sowie ihre Geschäftsmodelle zu verbessern.

In Deutschland müsse dies noch durch eine Konsolidierung der Bankenlandschaft ergänzt werden. Dabei stnde vor allem die Existenzberechtigung der Landesbanken auf dem Prf-



Jens van Scherpenberg: IWF wegen falscher Konzepte selbst diskreditiert

stand. Die Sparkassen msstensich dem Wettbewerb mit den Privatbanken stellen.

Allerdings hat sich die Finanzkrise seit der Tagung soweit zugespitzt, dass in den USA und Großbritannien (Teil-) Verstaatlichungen von Banken vorgesehen sind. Deutschland beschränkt sich derzeit noch auf staatliche Auflagen für Banken, die Finanzuntersttzung vom Staat anfordern.

Jens van Scherpenberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik machte deutlich, dass der Internationale Wäh-

** Eine Auswahl der Tagungsbeiträge wurde veröffentlicht im ifo-Schnelldienst Nr. 15/2008 vom 14. August 2008.*

rungsfonds (IWF) in der aktuellen Finanzkrise eher ein Zaungast bleibe. Er habe die Dimension der von faulen US-Immobilienkrediten ausgehenden Krise unterschätzt. Zudem hätten seine Vorschläge dazu geführt, dass Banken zur Verbesserung ihrer Bilanz schlechte Kredite aus ihrem Portefeuille herausgenommen und weiterverkauft hätten. Auch habe die Forderung nach Risikostreuung dazu geführt, dass faule Kredite gut versteckt in kombinierten Produkten über das globale Finanzsystem gestreut wurden.

Reform des IWF

Der IWF habe sich während der Asien- und Lateinamerikakrise – so von Scherpenberg weiter – wegen falscher Konzepte selber diskreditiert. Der enorme Aufbau von Währungsreserven in Schwellenländern habe ihn

Währungsreserven. Denkbar wäre aber auch, dass der reformierte IWF Bestandteil einer grundlegend neu gestalteten multipolaren Weltwirtschaft wird. Wie eine solche aussehen könnte, blieb allerdings offen.

Arbeitsmarktprobleme

Karlhans Sauernheimer, einer der führenden Außenhandelsökonomien Deutschlands, diskutierte Chancen und Risiken der Handelsliberalisierung. Wohlfahrts- und Spezialisierungsgewinne seien Kernelement der klassischen Ökonomie, doch auch die moderne Theorie erwarte positive Effekte aus dem Außenhandel. Expandierende Märkte wie der EU-Binnenmarkt ermöglichten Skalenerträge (Effizienzgewinne durch größere Produktionseinheiten) und eine größere Produktdifferenzierung.

Handelsliberalisierung

Alexander Lau von der Industrie- und Handelskammer verdeutlichte das starke Interesse der deutschen Industrie an einer weiteren Handelsliberalisierung, denn die Exportwirtschaft sei Motor der Konjunktur und des Beschäftigungsaufbaus in Deutschland. Die Liberalisierung dürfe nicht den Interessen der Landwirtschaft geopfert werden. Bilaterale Handelsabkommen seien vor allem für die stark mittelständische Industrie weniger vorteilhaft, da sie aufgrund der Unübersichtlichkeit die Transaktionskosten erheblich erhöhten.

Isabella Timm-Guri vom Bayerischen Bauernverband stellte dagegen klar, dass die deutsche Landwirtschaft über die letzten Jahrzehnte einen markanten Abbau des Schutzniveaus hinnehmen musste. Weitere Zugeständnisse seien für die Bauern kaum zu verkraften, zumal die europäischen und insbesondere die deutsche Landwirtschaft deutlich höhere Standards (Hygiene, Umwelt und Soziales) zu erfüllen habe. Ein gewisser Außenschutz sei deshalb zwingend.

Transparente Finanzmärkte

Erstaunlich positiv bewertete Christiane Berger vom DGB die Handelsliberalisierung, obwohl der Strukturwandel den Arbeitnehmern immer wieder hohe Anpassungsleistungen abverlange und deshalb sozial abgefedert werden müsse. Viele, auch von den Gewerkschaften gehegte Ängste wie der Arbeitsplatzabbau durch die EU-Osterweiterung, hätten sich nicht bewahrheitet. Auch habe der DGB kein Problem mit der Mobilität des (Real-) Kapitals, also ausländischen Direktinvestitionen, aber durchaus mit den intransparenten und hochspekulativen Finanzmärkten. Hier sei eine deutlich stärkere Regulierung notwendig, wie sie immer lauter von Ökonomen gefordert werde.



Zeichnung: Tomaschoff

auch seiner Rolle als Krisenmanager beraubt. Eine Reform des IWF könne sich deshalb nicht auf eine Neuaufteilung der Quoten beschränken. Es müssten vielmehr neue Aufgaben wie eine stärkere Unterstützung ärmerer Länder sowie technische Hilfe bei Zahlungsbilanzproblemen formuliert werden. Wenig realistisch sei eine Kontrolle der Wechselkurspolitik, der großen Staatsfonds oder der weltweiten

Problematisch sei der Strukturwandel mit zumindest temporären Beschäftigungsproblemen. Zudem führe die Globalisierung in Kombination mit dem technischen Fortschritt zu einer stärkeren Einkommensdifferenzierung.

Auch die Umwelt könne leiden, wenn solche Kosten – wie meist der Fall – nicht in den Preis der Güter mit eingingen.

Alexander Raubold vom Bundeswirtschaftsministerium machte deutlich, dass die Bundesregierung die verschiedenen Interessen koordinieren und gewichten muss, um für die WTO-Verhandlungen eine Verhandlungsstrategie zu entwickeln. Letztlich müsste dann die deutsche Position noch auf europäischer Ebene mit den 27 EU-Mitgliedsländern abgestimmt werden, denn die EU ist letztlich der entscheidende Akteur auf internationaler Ebene. Käme die jetzige WTO-Runde zum Abschluss, dann erwartet Raubold beachtliche Zollsenkungen sowie positive Effekte auf Wirtschaftswachstum und Umweltschutz. Zudem würden auch die Entwicklungsländer profitieren und das Welthandelssystem würde gestärkt werden. Rasche Ergebnisse erwartete Raubold jedoch nicht, was sich zwei Wochen nach der Tagung Ende Juli 2008 mit dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Genf bestätigte.

Neue Mächte

Laura Carsten von der Ruhr-Universität Bochum veranschaulichte, welche Strategien die neuen Mächte wie Brasilien, Indien, Südafrika und China hinsichtlich der internationalen Organisationen entwickeln. Sie setzten entweder auf Reform bestehender Institutionen und Regeln (bei WTO und IMF), die allerdings meist scheiterten, oder auf Substitution derselben. Letztere beinhalteten regionale Präferenzabkommen im Handel oder den Aufbau von Währungsreserven, um von Stabilisierungskrediten des IWF unabhängig zu sein.

Stormy Mildner von der Stiftung Wissenschaft und Politik betonte, dass Agrarfragen ein Kernkonflikt der jetzigen WTO-Runde seien. Schwellen- und Entwicklungsländer hätten sich von der letzten WTO-Runde übervorteilt gefühlt, da sie hohe Implementierungskosten unter anderem bei dem Schutz geistigen Eigentums ohne ausreichende Gegenleistungen im Agrar- und Textilhandel zu tragen hätten. Das Problem der jetzigen Doha-Runde läge auch darin, dass einerseits bei dem ohnehin schon niedrigen Zollniveau nur geringe Wohlfahrtsgewinne zu er-

warten seien. Andererseits sei der Kreis der Akteure mit divergierenden Interessen und damit auch die Zahl der Veto-Gruppen deutlich größer geworden.



Stormy Mildner: Agrarfragen ein Kernkonflikt der WTO-Runde

EU-Regulierung nötig

Nach Wissenschaftlern, Lobbyisten und Behördenvertretern kamen die Politiker zu Wort. Alfons Zeller, Land-



Alfons Zeller: Internationale Finanzmärkte verunsichern die Bürger

tagsabgeordneter der CSU, erinnerte an den 60. Geburtstag des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft. Erschreckend sei, dass ihre Akzeptanz in der Bevölkerung sinke. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Soziale Marktwirtschaft stabile Rahmenbedingungen und Sicherheit für die Bürger schaffen wolle, doch insbesondere die internationalen Finanzmärkte die Bür-

ger zunehmend verunsichern würden. Eine bessere Regulierung zur Vermeidung solcher Fehlentwicklungen sei deshalb auch auf europäischer Ebene notwendig.

Ähnlich, allerdings deutlich akzentuierter, argumentierte der SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament Wolfgang Kreissl-Dörfler, der praktische Erfahrungen in der Entwicklungs-



Wolfgang Kreissl-Dörfler: Gerechtere Weltwirtschaftsordnung machbar

politik hat. Er betonte, dass wir in der Lage seien, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, denn ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene könne weltweit viel bewegen.

In der anschließenden Diskussion über die Zukunft von GEG vertrat Karlhans Sauernheimer die These, dass der Interessensausgleich in den bestehenden Institutionen unersetzlich sei. Alexander Raubold prognostizierte, dass Probleme nicht-tarifärer Handelshemmnisse im Vergleich zu Zollfragen an Bedeutung gewinnen werden. Stormy Mildner sah Potenziale zur Effizienzverbesserung des GEG, indem bestehende Institutionen besser kooperierten. Wolfgang Kreissl-Dörfler mahnte Reformen in der WTO an, um soziale und ökologische Ziele durchzusetzen. Stefan Schirm betrachtete die G 8-Gruppe durchaus als eine wichtige Institution zum „Agenda-Setting“, doch könne die Durchsetzung der Ziele nur im Rahmen der bestehenden internationalen Organisationen (WTO und IWF) erfolgen. ■

Wolfgang Quaisser

4. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:

Ethische Verantwortung des Managements

Über den Stellenwert von Moral und Freiheit
in einer globalisierten Marktwirtschaft

Deutschland sorgt sich um den moralischen Zustand seiner Wirtschaft: Korruptions- und Steuerskandale sowie exorbitante Managergehälter und Abfindungen bei gleichzeitig vorgenommenen Entlassungen von Mitarbeitern stehen zunehmend im Fokus der kritischen Öffentlichkeit.

Es wird erwartet, dass Unternehmen ihr Handeln nicht nur nach Gewinninteressen, sondern auch nach ethischen Grundsätzen ausrichten, die zu einer freiheitlichen und sozial verpflichteten Gesellschaft gehören. Davon hängt auch die breite Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft ab. Sind Moral und Freiheit im

Wirtschaftsleben vereinbar? Dies war die zentrale Fragen des „4. Forums Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“, das die Akademie mit dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) und dem Lehrstuhl für Wirtschaftsethik in Kassel organisierte.

Ulrich Blum, Direktor des IWH, problematisierte den immer stärker zu beobachtenden Trend der Ökonomisierung aller Lebensbereiche im Kontext des Wettbewerbs der Ordnungen.

Die seit den 1990er Jahren zu beobachtende intensivere Globalisierung setze die bestehenden Wirtschaftsordnungen vermehrt unter Druck. Vielfach sei nicht mehr klar, wer Regeln durchsetze und Regelverstöße ahnde. Zudem könnten plurale Wertemuster nicht ein von allen akzeptiertes Verhalten sicherstellen. Ein gewisses Mindestmaß an Vertrauen zwischen den ökonomischen Akteuren sei in diesem Kontext vielfach nicht mehr herzustellen.

Offen sei, wodurch dies ersetzt werden könne. Zudem werde die Rolle des Staates entwertet, denn seine Einwirkungsmöglichkeiten schwänden, wenn Unternehmen Ausweichstrategien verfolgen könnten.

Problem Auswanderung

Die Entwicklung einer „Minimaethik“ könne nicht die Lösung sein. Auch eine bewusste Abtrennung der Einflussmöglichkeiten des Staates sei pro-

blematisch, weil die Trennung nicht einfach sei und sich mit der Zeit auch ändere. So müsse sich der Staat in der Bildungs- und Familienpolitik offensichtlich mehr einbringen, um das Qua-



Ulrich Blum: Globalisierung setzt Wirtschaftsordnungen unter Druck



Norbert Walter: „Hinter Regeln versteckt sich oft Protektionismus“

zierte auswanderten, werde das Steueraufkommen geringer und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gefährdet.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Frage der ethischen Verantwortung globaler Unternehmen. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, forderte, dass multinationale Firmen bewährte Regeln von sich aus möglichst rasch und nicht erst auf Druck des Gesetzgebers anwenden sollten. Von Mindeststandards für Schwellen- und Entwicklungsländer hielt er dagegen wenig, da sich vielfach versteckter Protektionismus dahinter verberge.

Unerwünschte Praktiken

Caspar von Hauenschild, Vorstandsmitglied von Transparency International, verwies auf die große Diskrepanz zwischen eingegangenen Verpflichtungen und der tatsächlichen Praxis von Unternehmen. Entscheidend sei hierfür die Führungskultur des Managements, denn Unternehmensverantwortung müsse gelebt



werden. Zudem seien Mitarbeiter entsprechend zu schulen, um die Motivation zur Änderung unerwünschter Geschäftspraktiken wie Korruption zu fördern. Anton Losinger, der Weihbischof von Augsburg, mahnte eine entsprechende Ethik des Führungspersonals an, denn nur über Regeln und Sanktionen – so wichtig diese seien – ließen sich ein entsprechendes Verhalten nicht durchsetzen.

Die unternehmerische Verantwortung in der globalisierten Welt war Thema eines Dialogs zwischen Michael Aßländer, Professor für Wirtschaftsethik an der Universität Kassel, und Unternehmensberater Rudolf Ruter von *Ernst & Young*. Aßländer verwies auf den Steuerungsverlust des Nationalstaats im Zuge der Globalisierung. Dagegen blieben die neueren Konzepte unternehmerischer Verantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) letztlich auf ein freiwilliges Engagement von Unternehmen bezüglich ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit beschränkt. Kritiker sehen hierin keine wirkliche Begründung sozialer Verantwortung, sondern eher einen „Publicity Gag“ und forderten stärkere gesetzliche Regelungen, um solche Ziele zu erreichen.

Konsumenten strafen ab

Rudolf Ruter stand solchen Forderungen eher kritisch gegenüber und verwies darauf, dass Unternehmen schon immer soziale und gesellschaftliche Verantwortung gezeigt hätten und durch nachhaltiges Denken geprägt gewesen seien. Sicherlich gäbe es immer wieder negative Beispiele, die oft das öffentliche Bewusstsein bestimmten, doch die Mehrheit der Unternehmen handele verantwortungsvoll. CSR sei keine Freiwilligkeit, sondern gehöre vielfach zum Kerngeschäft. Gerade die großen Unternehmen mit einer langen Tradition hätten immer ihr gesell-

schaftliches, soziales und ökologisches Umfeld im Auge gehabt, denn sie seien an guten Lebensbedingungen ihrer Belegschaft interessiert gewesen. Zudem sei seit dem Jahr 2000 die Reputation eines Unternehmens weitaus stärker ein Kriterium für Management-Entscheidungen geworden. Kein Unternehmen könne sich mehr grobe Verstöße leisten, ohne von den Konsumenten abgestraft zu werden.

Auf kritische Nachfragen aus dem Publikum bezüglich exorbitanter Managementgehälter und Steuerhinterziehungen räumte Rudolf Ruter Fehlver-



Michael Aßländer: Gerechtigkeitsempfinden tangiert, wenn keine Leistung erbracht wird



Rudolf Ruter: „Mehrheit der Unternehmen handelt verantwortungsvoll“

halten von Führungspersonal ein, das eigentlich wegen seiner Vorbildfunktion – ähnlich wie Politiker – den höchsten moralischen Standards entsprechen sollte. Er wünsche sich in Deutschland mehr Transparenz und frage sich manchmal, warum die Aktionäre solch hohen Gehältern zustimmen würden. In diesem Kontext warf Michael Aßländer ein, dass insbesondere dann das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung tangiert werde, wenn solche Führungspersonen nicht Leistung, sondern unternehmerische Misserfolge vorwiesen. Habe jemand Erfolg und sichere Arbeitsplätze und überdurchschnittliche Löhne, wie der Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, dann neide man diesen Personen auch nicht die hohen Gehälter.

In einer globalisierten Welt könne – so Michael Aßländer – dem Werteverlust und der abnehmenden Korrekturmöglichkeit seitens des Nationalstaa-

tes nicht mit einer appellativen Politik mit Hinweis auf Moral und gemeinsame Werte entgegengewirkt werden. Letztlich könnten verbindliche Regelungen nur durch die Staatengemeinschaften oder auf dem Weg freiwilliger Vereinbarungen erlassen werden. Das CSR-Konzept (Corporate Social Responsibility) wäre dann langfristig eine tragfähige Lösung, wenn es über den derzeitig vorherrschenden deskriptiven Ansatz (basierend auf den best-practice-Beispielen) einer eher „betriebswirtschaftlichen Instrumentalisierung der Ethik“ hinausginge und sich auf eine normative Begründung stütze.

CSR würde damit zu einer grundlegenden Dimension des unternehmerischen Handelns, wobei Rechte und Pflichten abgeleitet und konkret überprüft werden könnten. Dabei sollte auf eine „verordnete Moral“ verzichtet werden, sondern durch Anreize sollten Unternehmen animiert werden, die vorgegebenen Ziele „freiwillig“ zu erreichen.

So könnten beispielsweise Teile der Managergehälter an soziale Ziele (Umweltschutz, Lehrstellen) geknüpft werden. Die Frage der Realisierbarkeit eines solchen Konzeptes im Kontext des globalen Wettbewerbs blieb offen.

Pastor und Wirtschaftsethiker Nils Oermann wies darauf hin, dass der Begriff „objektive Werteordnung“ kaum zu definieren sei, denn Werte fußten auf subjektiven Einschätzungen und lebten von der sozialen Interaktion. Einer Erosion des moralischen Grundkonsenses könne man entgegenwirken, wenn man sich auf gesellschaftlich akzeptierte Prämissen einige. Dabei müsse man sich klar werden, worauf die eigenen Wertungen fußten, wie ethisch legitimierbar sie seien und wie man sie nach außen vertreten könne. Sei man sich dessen bewusst, könne man Werte nicht so schnell verlieren wie einen Schlüssel oder Führerschein.



Appelle helfen allein nicht

Andere Akzente setzte Johann Graf Lambsdorff, Ökonom an der Universität Passau und einer der führenden Korruptionsforscher. Die ökonomische Spieltheorie und kontrollierte Experimente hätten aufgezeigt, dass Gewinnmaximierung von Unternehmen nicht ethisches Verhalten behindern müsse. Die Vermeidung beispielsweise von Bestechungszahlungen, müsse nicht einer „höheren moralischen Einstellung“ geschuldet sein. Manche Akteure wollten das Risiko vermeiden, erwischt zu werden, andere befürchten, betrogen oder später erpresst zu werden. Wieder andere beherrschten nicht die „Kunst der Bestechung und krimineller Vertragsverhandlungen“. Deshalb berücksichtige kluge Korruptionsbekämpfung die heterogenen Beweggründe und betone die Risiken, die mit Bestechung einhergingen. Der Appell an moralisches Verhalten helfe alleine nicht weiter.

Im weiteren griff Graf Lambsdorff die Frage nach der „Moral der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich“ auf. Anhand seines für Transparency International entwickelten Korruptionsindex (Corruption Perception Index, CPI) könne das Verhal-

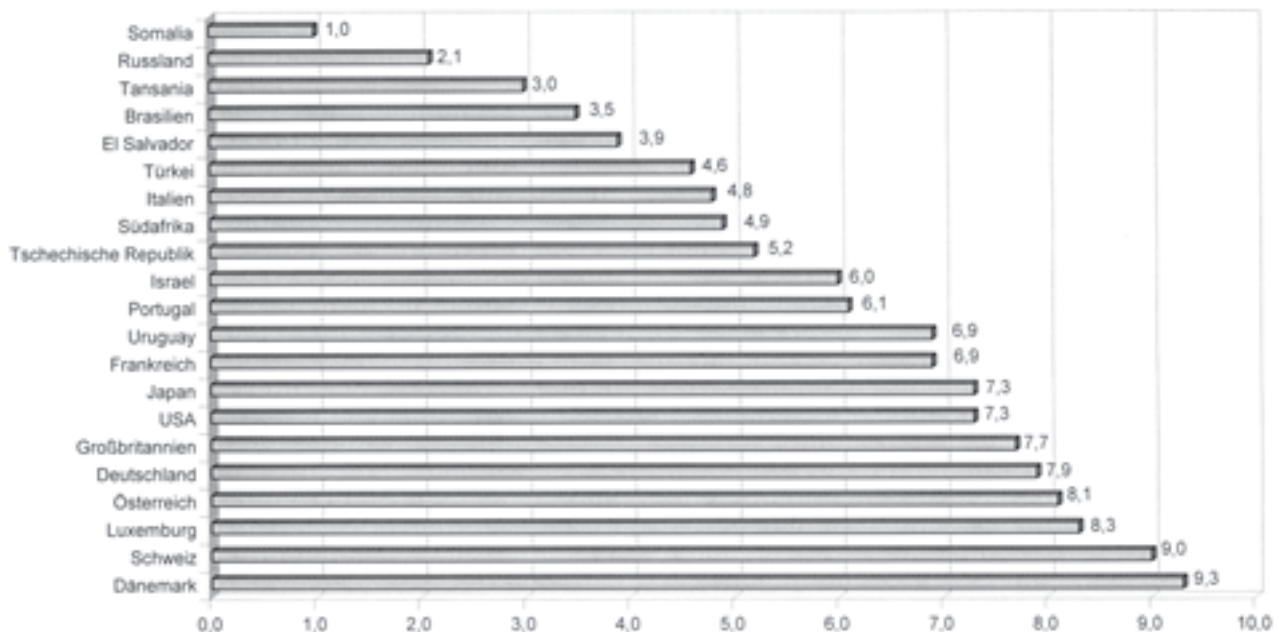


Johann Graf Lambsdorff: Gewinnmaximierung muss ethisches Verhalten nicht behindern

ten lokaler Amtsträger und Politiker in ihrem (korrupten) Handeln gegenüber Firmen gemessen werden, nicht jedoch das Verhalten der Unternehmen und Banken selber. Gemessen am CPI liege Deutschland 2007 auf Rangposition 14 (von über 170 Ländern), wogegen die skandinavischen Länder die geringste Korruption (Dänemark Position 1) aufwiesen. Eine Aussage über den Grad der „Moral“ eines Landes sei nur eingeschränkt möglich. Aus dem Publikum wurde angemerkt, dass beispielsweise die Schweiz beim CPI auf Position 7 deutlich vor Deutschland rangiere, obwohl jeder wisse, dass sie Fluchtpunkt für Steuersünder sei.

Auf große Aufmerksamkeit und Beachtung stieß der Vortrag von Josef Schmid (Universität Bamberg) zur Rolle des kulturellen Rahmens für die Wettbewerbsordnung. Die den französischen Wirtschaftsgeist prägende Kultur sei durch ein zentralistisches Königtum sowie eine materialistische Philosophie und Literatur (Descartes,

Globaler Korruptionsindex (CPI) 2008
(ausgewählte Staaten, in der Gesamtübersicht liegt Deutschland auf Platz 14 von 180 Staaten)



Corruption Perceptions Index (CPI). Der CPI-Punktwert eines Landes gibt das Ausmaß der Korruption im öffentlichen Sektor wieder, so wie sie von Geschäftsleuten und Experten wahrgenommen wird. Die Skala reicht dabei von 10 (weitestgehend keine Korruption) bis 0 (sehr korrupt).

Quelle: Transparency International, Stand: Sept. 2008

Montaigne, Voltaire) geprägt. Gesellschaft und Staat habe man als eine Art „mechanistisches Uhrwerk“ verstanden. Der schon vor der Revolution von Jean Baptiste Colbert, dem Finanzminister des Sonnenkönigs Ludwig XIV., maßgeblich geprägte Wirtschaftsgeist habe in den folgenden Jahrzehnten nahezu unverändert im Rahmen eines mechanistischen Denkens und Etatismus fortgelebt. Die „Planification“, die staatliche Wirtschaftsplanung während der V. Republik unter Charles de Gaulle, sei letztlich ein Überbleibsel dieser Wirtschaftsphilosophie.

in seinem ersten Buch („The Theory of Moral Sentiments“) die „Eigenliebe“ als stärkste Kraft menschlichen Verhaltens identifiziert, die durch „Mitgefühl“ ausgeglichen und durch Regeln „eingehegt“ werden müsse.

Der angelsächsische Wirtschaftsgeist liege der deutschen Kulturseele sehr nahe, doch gegen den „Homo oeconomicus“ habe sich der deutsche Idealismus, repräsentiert u. a. durch Johann Gottlieb Fichte, früh aufgelehnt. Friedrich Lists „geschlossener Handelsstaat“, spiegelte die Bedürfnisse der zu spät gekommenen Indus-

scher und sozialer Faktoren angesehen worden. Das auch darauf beruhende deutsche Wirtschaftsmodell, das einen geregelten Wettbewerb und den sozialen Ausgleich gleichermaßen berücksichtigte, habe seine theoretische Begründung u. a. bei Walter Eucken, Ludwig Erhard und Ludwig Müller-Armarck gefunden.

Josef Schmid zitierte abschließend Ludwig Erhard, der in einem Vortrag 1957 betonte, dass die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft in der „Zufriedenheit des Kleinen“ (gemeint als kleine Wirtschaftseinheiten und des „klei-



DER NEUE TERRORISMUS

Zeichnung: Stuttmann

Der angelsächsische Wirtschaftsgeist und die Freihandelspartei hätten, so Josef Schmid, vor dem Hintergrund der Unabhängigkeitserklärung von der aristokratischen Zentralgewalt, des ausgeprägten Regionalismus und einer von ihm ertrotzten Magna Charta entstehen können. Dies habe zur Entwicklung einer Bourgeoisie geführt, die eine ausgeprägte politische Vertretung in einem Parlament erhalten habe. Die Krone habe dann am meisten profitiert, wenn sie das Bürgertum an der „langen Leine“ ließ. Die sozialökonomische Garküche des Homo oeconomicus sei der Utilitarismus von Jeremy Bentham gewesen. Adam Smith habe

trienation wider. Ein Auseinanderklaffen zwischen der Kultur- und Staatsnation, eine Nationalökonomie ohne Nation seien für die Gründerzeit prägend gewesen, in der das aufkommende Bürgertum zur Absicherung von Währung und Eigentum einen einheitlichen Staat herbeisehnte. Mit dem Kaiserreich erfüllte sich dieser Traum, wobei die soziale Frage zunehmend thematisiert wurde.

Wohlstand für alle

Schon früh sei in Deutschland, so Josef Schmid, die Wirtschaft als ein Kulturphänomen historischer, politi-

nen Mannes“) liege. Dies sei das Geheimnis des Wohlstands für alle. Die vollständige Konkurrenz sei Leistungskonkurrenz, nicht Sozialdarwinismus.

Abschließende Bemerkung des Autors dieser Zeilen: Vielleicht sollten wir uns in diesen turbulenten Zeiten an die alten Grundsätze des ehrbaren Kaufmanns aus Thomas Manns „Buddenbrooks“ erinnern: „Mein Sohn, sei mit Lust bei den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, dass wir bei Nacht ruhig schlafen können!“ ■

Wolfgang Quaisser

Vielfältige Facetten asiatischer Politik

Sommerakademie führt Experten und wissenschaftlichen Nachwuchs zusammen

Zum Auftakt der diesjährigen Sommerakademie, einem erfolgreichen und lebhaften Format, das Expertenvorträge mit den Arbeiten von Doktoranden und Magistranden kombiniert, kam der Pressesprecher des Deutschen Alpenvereins (DAV) Summit Club, Christoph Thoma. Er berichtete aus Tibet und Nepal, von den „beiden Seiten des Himalaya“. Lhasa verändere sich rasend schnell, die Altstadt werde zerstört. Durch hässliche, neue Denkmäler nach chinesischem Geschmack werden die tibetische Tradition wie auch die Religion weiter zurückgedrängt. Thoma wurde deutlich: „Tibet muss einen Rest an Würde, Kultur und Identität behalten!“ Die Unterdrückung der Tibeter und die Zerstörung von Klöstern nach dem chinesischen Einmarsch 1951 ist bekannt. Ein neues Phänomen ist, dass durch eine Vielzahl von armen Chinesen in Tibet verstärkt Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Prostitution um sich greifen. Nepal, so Thoma, habe ähnliche Probleme: Umweltzerstörung, Entwurzelung, Korruption, Drogen und Kriminalität.

Die Diplom-Geographin Solveig Malmedie aus Berlin war durch ihre Feldforschungen, aber auch durch ihre bergsteigerischen Erfahrungen die ideale Ergänzung und stellte ihr Dissertationsprojekt über Partizipation und institutionellen Wandel in Nepal dar. Partizipation und Kommunikation bestimmen die Gestaltung politischer Institutionen. Malmedie widmet sich dem Dilemma, wie benachteiligte Bevölkerungsgruppen Institutionen so mitgestalten können, dass ihre Anliegen Gehör finden. Durch die sozialen und ethnischen Unterschiede ist Nepal ein interessantes Beispiel. Noch dazu, betonte Malmedie, hat das Land der Region einiges voraus in Bezug auf Konfliktbeilegung und Demokratisierungsprozess.

In der unteren Liga der Entwicklungsländer: Indien

Christian Wagner, Indien- und Pakistanexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik, beförderte die Teilnehmer unsanft in die Realität der innenpolitischen Probleme Indiens: „Da wollen Sie nicht wirklich leben und schon gar nicht ins Krankenhaus müssen“. Die

sozio-ökonomischen Rahmendaten verweisen Indien in die untere Liga der Entwicklungsländer, insbesondere was Pro-Kopf-Einkommen, Alphabetisierungsrate und Kindersterblichkeit betrifft. Allerdings seien die Exekutive und das Oberste Gericht relativ durchsetzungsstark, was auch das große Vertrauen der Inder in Institutionen begründe. Ein Phänomen der Parteienlandschaft sind die Regionalparteien, die bewirken, dass beispielsweise bis zu 14 Parteien in einer Regierungskoalition sitzen.

Zu den größten Problemen in Indien gehören Aufstände und Gewalt. In Indien, dem Land der „eine Million Aufstände“ (Literaturnobelpreisträger Naipaul), seien politische Instabilität und Regierungskrisen normal. Die Zentralregierung versucht durch die Schaffung neuer Bundesstaaten verschiedenen sprachlichen, ethnischen und religiösen Gruppen entgegen zu kommen – dadurch verstärken sich aber auch Probleme. Muslime und die maoistisch geprägte Guerillabewegung der Naxaliten gehören zu den benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Muslime sind nicht im Kastensystem und fallen daher durch die Quotenregelungen für Stipendien und Beamtenposten.

Naxaliten finden sich in den ärmeren Bundesstaaten von Nordosten Richtung Süden. Weitere Brennpunkte sind Kaschmir und der Nordosten. Die Infiltration von militärischen Gruppen über die Grenze, Bürgerkriegsstrukturen und katastrophale Armut verschärfen die Probleme. Auch nach offiziellen Angaben lebt fast ein Drittel unterhalb der nationalen Armutsgrenze. 60 Prozent der Landbevölkerung haben ein Monatseinkommen von unter 500 Rupien (etwa 10 Euro).

Ein weiteres Problem ist die Korruption: von 100 ausgegebenen Geldeinheiten kommen nur 15 bei den jeweils zu fördernden Gruppen an.

Konstruktive indische Außenpolitik

Melanie Hanif hat sich sehr kenntnisreich mit der Wandlung der indischen Außenpolitik beschäftigt und beschrieb, wie der alte „regional bully“, der seine Nachbarn unterdrückt, zu einer neuen Politik des „Anti-Interventionismus“ kam. Indien mischt sich inzwischen weder in Pakistan ein, noch in Sri Lanka und hat die traditionell belasteten Beziehungen zu China auf eine neue, konstruktive Ebene gestellt. Die neue Politik des Austarierens ermöglicht es, vielleicht ein regionaler Hegemon und ein neues Gravitationszentrum durch „soft power“ zu werden. Sicher ist, dass Indien die Machtpole USA und China ausbalancieren muss. Entgegen kommt der indischen Regierungen hier, so Hanif, dass territoriale Fragen an Bedeutung verlieren.

Ulrich Hartmann, Sportwissenschaftler von der Universität Leipzig, gab Einblicke in die Sportentwicklung in China. Einer der Gründe für die Verstimmungen während der Olympischen Spiele war, dass ausländische Kritik (Menschenrechte, Minderheiten) nicht nur den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft allgemein,

sondern insbesondere die „Reise der Harmonie“, den olympischen Fackellauf, gestört habe. Westlichen Sport gibt es in China erst seit den 1950er Jahren. Dafür, so berichtet Hartmann, ist Sportförderung in der Verfassung verankert und zentralistisch straff durchorganisiert. Sogar im Fünfjahresplan gibt es ein nationales Fitnessprogramm. Sportler und Trainer sind quasi Beamte und erfreuen sich großzügiger Geldzuwendungen. Hartmann kritisierte: Die Ausgaben für den Leistungs- und Wettkampfsport stehen im Missverhältnis zu den Ausgaben für soziale Sicherheit.

Hauke Gierow aus Trier stellte seine Arbeit über das chinesische Bankensystem vor. Die Bedeutung ist klar: Ein stabiler und liquider Finanzmarkt reduziert die Abhängigkeit vom Ausland. Die Chinesen haben im Gegensatz zu den Deutschen (10 Prozent) mit 40 Prozent eine hohe Sparquote. Probleme entstehen durch Bürokratie, Ineffizienz, vermutete „Staatsgarantie“ und politische Einflussnahme und durch die Altlasten der „NPL“ (non-performing loans). Die Bewährung in einer Finanzkrise stünde noch aus. Doch haben neue Strukturen (Zentralbank, Staatsbanken, Citybanken, Ländliche Genossenschaftsbanken) und die finanziellen Verbesserungen durch Rekapitalisierung, Umwandlung in Beteiligungsgesellschaften und IPOs („initial public offerings“, also Börsengänge) die Situation bereits modernisiert.

Gottfried-Karl Kindermann erläuterte Chinas Außenbeziehungen. Die westliche Auffassung der Gleichberechtigung der Staaten und des Freihandels gab es nie. Als China im 19. Jahrhundert nicht nur die Industrielle Revolution verpasst hatte, sondern sich auch noch weigerte, Beziehungen zum Ausland aufzunehmen, war der Absturz zu einem Drittweltland unabwendbar. Der Bürgerkrieg und die japanische Invasion belasteten China zusätzlich. In den 1950er Jahren bewies Mao durch den Eintritt in den Koreakrieg außenpolitische Ernsthaftigkeit. Es zeigte sich auch bald die doppelte Konfrontation gegen die USA und die Sowjetunion. So wird deutlich, dass China an allen sicherheitspolitischen Regelun-

gen, zumindest in der Region, beteiligt sein muss. Die großen außenpolitischen Erfolge stellten sich durch die Zurückdrängung Taiwans und Gorbatschows Politik in Russland ein: Rückzug aus Afghanistan, Ende der Hilfe für Vietnam und die Reduzierung der Grenztruppen. Heute gäbe es eine pragmatische Interessenorientierung,



Gottfried-Karl Kindermann: pragmatische Interessenorientierung chinesischer Politik

aber auch nationalistische Tendenzen. Eine Lösung für Taiwan, so Kindermann, wäre das Commonwealth-Modell.

Japans neue Herausforderung

Ryoma Sakaeda berichtete über die neue japanische Außenpolitik, die insbesondere von der Kooperation mit den USA und vielleicht in Zukunft auch von Nuklearwaffen geprägt wird. Der Vertrag mit den USA ist eine einseitige Sicherheitsgarantie. Japan befindet sich also in einer asymmetrischen Allianz, in einer nicht-reziproken Beistandsverpflichtung. Dies zeige auch Japans Allianz-Dilemma: Einerseits „fear of entrapment“ (die Angst, in andere Konflikte mit einbezogen zu werden), andererseits „fear of abandonment“ (die Angst vor der Beendigung des Bündnisses). Japan hat zwar eine anti-militärische Kultur, die neuen sicherheitspolitischen Bedingungen wie der Golfkrieg 1990/91, Nordkorea, Taiwan und der Krieg ge-

gen den internationalen Terrorismus schaffen aber neue Anforderungen. Durch ein Anti-Terrorgesetz im Oktober 2001 wurde der erste (Kriegs-)Einsatz japanischer Einheiten nach dem 2. Weltkrieg bei unterstützenden Maßnahmen in Afghanistan und im Persischen Golf möglich.

Peter-J. Opitz kam auf die regionale Sicherheitsebene zurück und definierte zunächst die „shaping factors“. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen verlagerten sich zunehmend nach Asien. Die Frage sei, was nach dem von den USA dominierten System bilateraler Beziehungen des San Francisco-Accords kommt. Asiatische Organisationen sind unterinstitutionalisiert. Allerdings kritisierte Opitz: „Die Sieger des 2. Weltkriegs erwiesen sich als unfähig, eine stabile Friedensordnung zu schaffen!“ Territorialdispute auf der koreanischen Halbinsel und in der Mandschurei und die Unterstützung kommunistischer Bewegungen verschärften die Unsicherheit.

Die Sicherheitsgarantie der USA gegenüber äußeren und inneren Bedrohungen und die Schaffung eines gewissen wirtschaftlichen Wohlstands wurden immer wichtiger. Der Wegfall der sowjetischen Bedrohung in Asien aber und das dortige neue Selbstbewusstsein lassen die Notwendigkeit von Kooperation schwächer scheinen. Die ersten Lücken entstehen im maritimen Südostasien. Malaysia und die Philippinen werden unabhängig, Singapur gliedert sich aus, der Putsch in Indonesien führt zu bürgerkriegsähnlichen Gräueln. Der Kambodscha-Konflikt ist eine weitere Belastung. Schließlich scheint das „Five-Powers-Defense-Agreement“ zu funktionieren und Singapur und Malaysia Sicherheit zu geben.

Eine neue Entwicklung in Südostasien ist, so Opitz, dass China versucht, mehr Einfluss zu nehmen, die USA zurückzudrängen und Freihandelszonen zu errichten. Genau dies mache aber eine Modernisierung des San Francisco-Systems notwendig – nicht zuletzt weil Stärke und Verlässlichkeit der USA bröckeln könnten. ■

Saskia Hieber

Anpassung an die Wissensgesellschaft

Probleme politischer Bildung in Deutschland und Korea im Vergleich

Die Situation der Politischen Bildung in Deutschland und Korea war zentrales Thema einer Fachtagung, die in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem Korean Institute for Civic Education veranstaltet wurde. Bernd Hübinger als Stellvertreter des Präsidenten der Bundeszentrale hob bei seiner Eröffnung die jüngere Entwicklung und die Funktion der Bundeszentrale für politische Bildung hervor. Die Erweiterung der Zielgruppen auf die junge Generation und in die Neuen Bundesländer hinein waren ebenso entscheidend wie die Aufnahme neuer Themen (Jugend, Marktwirtschaft, Sozialstaat, Migration, Gewalt) und der Ausbau des Angebots an neuen Medien. Auf die Frage nach der Unabhängigkeit bei einem politischen Machtwechsel wurde ein gewisser politischer Einfluss zwar eingeräumt. Grundsätzlich betonte er jedoch, dass das Neutralitätsgebot, das Kuratorium, das Aufsichtsreferat des Bundesinnenministeriums und schließlich die Beibehaltung des wissenschaftlichen Personals Unabhängigkeit garantieren.

Die koreanischen Experten kamen von der Korea Democracy Foundation, dem Korean Institute for Civic Education, der National Election Commission, verschiedenen Koreanischen Universitäten und Bildungsforschungsinstitutionen, der Freiwilligen

Organisation „Volunteer 21“, May 18 Memorial Foundation, der Daejun-Chungnam Democracy Foundation und dem Korean Institute for Gender Equality Promotion and Education. Won-Gu Yun fesselte die Zuhörer mit der erst jungen Geschichte der Entwick-

lung demokratischer Strukturen und Institutionen in Korea und betonte die Tradition und die neue Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen. Chang-Hwa Jung, selbst Politikwissenschaftler und auch in Speyer studierter Verwaltungswissenschaftler, betonte die Werte und die Geschichte politischer Bildung und stellte das potenzielle Spannungsverhältnis zu staatlichen Institutionen heraus. Young-Sik Huh erläuterte verschiedene Unterrichtsmodelle und Lehr- und Lernmethoden und forderte eine zukunftsorientierte politische Bildung durch die aktive Anpassung an die Informations- und Wissensgesellschaft.

Peter Wirtz von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke betonte die Bedeutung der politischen Kompetenz als „mündige Bürger“ im Rahmen eines Selbstaufklärungsprozesses der Gesellschaft. Politische Bildung müsse freiwillig, teilnehmer- und prozessorientiert und exemplarisch sein und kontroverse Sachverhalte darstellen. ▶



Internationaler Erfahrungsaustausch über die unterschiedlichen Probleme politischer Bildung in Deutschland und Korea

Dirk Lange, Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, stellte universitäre Ausbildungsgänge schulischer und außerschulischer Bildung dar. So gibt es z.B. an der Universität Oldenburg einen neuen Magister-Abschluss „Democratic Education Citizenship“.

Sabine Dengel erläuterte die neue Medienbildung in der Bundeszentrale am Beispiel der Kinoseminare und der Schulkinowochen, betonte aber auch die Print-Unterstützung durch die Filmhefte.

Hanne Wurzel, Leiterin der Abteilung Trägerförderung bei der Bundeszentrale, berichtete über die Entwicklung eines Fördersystems für externe Träger der politischen Bildung. Beispielsweise deckt die Bundeszentrale die politische Bildung für die Bundeswehr durch solche Programme ab.

Eva Post von der Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen berichtete über die Akademiearbeit und stellte das Spannungsverhältnis zwischen den „neuen“ Führungsausbildungskonzepten und der „traditionellen“, auch fachlich orientierten Lehrerfortbildung dar.

Sibylle Nau, freiberufliche Trainerin, riss die Teilnehmer durch eine kurze Darstellung aktivierender Methoden mit und berichtete über die Besonderheiten in der Arbeit mit bildungsfernen Jugendlichen und Migranten.

Schulungen über Gleichberechtigung

Welche Unterschiede in den Themen, aber auch in den Durchführungsprozessen politischer Bildung zwischen Deutschland und Korea existieren, erfuhren die Tagungsteilnehmer durch Chong-Ju Lee, die über die Probleme berichtete, die aus anderen Teilen Asiens eingewanderte (Ehe-)Frauen in der traditionellen, patriarchalischen koreanischen Gesellschaft haben und über die staatlich verordneten „Gleichberechtigungsschulungen“ (gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen), die alle Firmen durchführen müssen. ■

Saskia Hieber

Wichtiger Spendensammler

20 Jahre Förderkreis der Akademie

Die Akademie feierte im vergangenen Jahr ihren 50. Geburtstag – der Förderkreis unterstützte aus diesem Anlass zuletzt den Druck des im Sommer 2008 im Olzog-Verlag erschienen Bandes „Über die Freiheit – Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie“ (siehe auch unter Neuerscheinungen).

Seit mittlerweile 20 Jahren haben es sich der Förderkreis und seine Mitglieder zur Aufgabe gemacht, einen finanziellen Beitrag zur Bildungsarbeit der

werden die Publikationen der Landtagsgespräche unterstützt. Einige Höhepunkte in den zwei Jahrzehnten waren 1996 die Beschaffung des Aka-



Förderkreisvorsitzender Gernot Abendt (Mitte) im Gespräch mit den früheren Kuratoren Hans-Günter Nauman (links) und Jakob Deffner Foto: Poss

demie-Busses, 2004 der Kauf des neuen EDV-Servers, außerdem zusätzliche Ausstattungen für Seminarräume und der Ankauf von Bildern. In diesem Jahr wurde beispielsweise das Gemälde „Tricolore“ von Ulrike Pruseit erworben, das im Rahmen der jährlich wechselnden GE-DOK-Ausstellungen bereits seinen Platz im Foyer der Akademie gefunden hatte.

Akademie zu leisten. Nicht nur die Hilfe bei Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik, auch die Verpflichtung zusätzlicher hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis gehören dazu. Dort, wo der Etat des Hauses an seine Grenzen stößt, tritt oftmals der Förderkreis auf den Plan.

Mehr als 200 Mitglieder gehören dem Förderkreis heute an, begonnen wurde 1988 auf Initiative des damaligen Akademiedirektors Manfred Hättich mit neun Gründungsmitgliedern. Von Anfang an mit dabei war Gernot Abendt, der seit vielen Jahren Vorsitzender des Vereins ist.

Seit 1988 hat der Förderkreis zirka 100.000 Euro gesammelt und an die Akademie weitergeleitet. Regelmäßig

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter dankte für die Arbeit des Fördervereins, gerade „weil eben nicht nur Stühle angeschafft, sondern beispielsweise mit Druckkostenzuschüssen die fachlichen Aufgaben der Akademie unterstützt werden“.

Fortbildungsunwilligkeit bekämpfen

Oberreuter appellierte zudem eindringlich, „weiterhin gemeinsam gegen den fortbildungsunwilligen Zustand der Gesellschaft zu kämpfen“. Auch in der Akademie reduziere sich die Verweildauer der Teilnehmer – der Appell zum „lebenslangen Lernen“ sei durch die Politik nicht unterstützt worden, Bildungskonzepte kämen zunehmend aus der Wirtschaft. ■

Karin Siebert

Brückenbauer mit freundlicher Gelassenheit

Zum Tod von Klaus Grosch

Am 4. November 2008 verstarb unser langjähriger Kollege Klaus Grosch nach schwerer Krankheit. Bei der Trauerfeier, auf der über 30 ehemalige und aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Abschied von einem sehr beliebten Kollegen nahmen, würdigte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter den Verstorbenen.

Klaus Grosch wusste sein Leben zu gestalten – jenseits der ausgetretenen Pfade, verantwortungsbewusst – über den engsten Lebenskreis hinaus. Zugleich ahnen wir, wie wichtig ihm seine Familie gewesen ist. Wir wissen aber auch, dass ihm unsere Akademie ein wichtiger Lebensinhalt war. Mit diesem Haus war er verwachsen und verwoben. 29 Jahre hat er es mitgeprägt – in unterschiedlichen Funktionen. Mir scheint, die Funktionen waren eher sekundär. Primär war die menschliche, anderen zugewandte Art, in der er sie ausgeübt hat: Fürsorglichkeit, Verantwortlichkeit, soziales und gesellschaftliches Engagement – und nicht zuletzt freundliche Gelassenheit haben ihn ausgezeichnet. Diese Eigenschaften haben große und dauerhafte Wertschätzung begründet.

Nicht wirklich „weg“

Ende 2004 ausgeschieden, war er nicht wirklich „weg“. Hätte man dies nicht ohnehin gespürt, so hätte man es spätestens an der Art und Weise erfahren können, in der sein Leiden und Sterben die Menschen in der Akademie berührt hat.

Klaus Grosch war in vielfältiger Weise ein Pontifex, ein Brückenbauer. Zuerst im Sozialpolitischen, seinem unmittelbaren Arbeitsfeld. Dort hat er nicht nur Kenntnisse vermittelt, sondern auch Dialoge, Begegnungen und Verständigungen zwischen Betroffenen und Betreuenden gestiftet, die in der Sachlichkeit von Amtsstuben kaum möglich gewesen wären.

Eine zweite Brücke baute er zur angelsächsischen Welt – kein Wunder angesichts seines Anglistikstudiums

in Heidelberg und Freiburg, und erst recht kein Wunder angesichts des transatlantischen Lebensbundes, den er geschlossen hat. Gerade in diesem Kulturkreis hat er intensiv gelebt. Und er hat uns gezeigt, dass man Amerika schätzen, zugleich aber in angemessener Weise auch kritisch betrachten kann.



*Klaus Grosch 1939 - 2008
Foto: Marquardt*

Ein Brückenbauer war er schließlich im Hause selbst. Ein Organisationsreferent hat geradezu die Pflicht, die unterschiedlichen Ebenen der Akademie zu verklammern, auch ein Personalrat.

Aber diese Aufgabe, Verbindungen und Ausgleich zu schaffen, war ihm zur prägenden Eigenschaft geworden. Er hat sie nie abgelegt, auch nicht, als er auf das wissenschaftlich-pädagogische Tätigkeitsfeld wechselte. Gerade mit diesen verbindenden Eigenschaften war er unersetzlich, so sehr er auch ein Streiter für seine Sache sein konnte. Er hat sich Vertrauen erworben: ein hohes Gut.

Klaus Grosch wurde am 1. April 1939 in Mannheim geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, Germanistik, Anglistik, Politik und Soziologie an den Universitäten Heidelberg und Freiburg. 1975 holte ihn Direktor Manfred Hättich als Organisationsreferent an die Tutzingener Akademie.

1981 wechselte Grosch als wissenschaftlicher Assistent ins pädagogisch-wissenschaftliche Aufgabenfeld. Seine Arbeitsgebiete in der Akademie waren: Politische Landeskunde, Randgruppenproblematik, Migrationsfragen, Fragen der Erwachsenenbildung, Jugendfragen, Sozialpolitik und -arbeit, Internationale Politik und internationale Seminare, insbesondere mit dem angelsächsischen Sprachraum. Er war viele Jahre Mitglied des Personalrats, einige Jahre davon als Vorsitzender.

Nach fast 29 Dienstjahren schied er 2004 aus der Akademie aus. Klaus Grosch verstarb am 4. November 2008 nach schwerer Krankheit in Tutzing.

Bei seiner Verabschiedung aus dem Dienst, den er zwischen 1975 und 2004 geleistet hat, habe ich bemerkt, man könne einen Personalakt ablegen, aber einen Menschen nicht.

Lebendiger Platz in unserer Mitte

Wie wahr das ist, zeigt sich gerade in dem Moment, in dem wir uns definitiv von diesem Menschen verabschieden müssen. Wir fühlen mit Ihnen, verehrte Frau Grosch, und Ihrer Familie. Aber fast ebenso wichtig scheint mir zu versichern, dass Klaus Grosch einen lebendigen Platz in der Mitte der Akademie einnimmt, solange dort Menschen wirken, die ihm wahrhaft begegnet sind. ■

Heinrich Oberreuter

Entschiedenes Nein zur „Ludendorffstraße“

Akademie erteilte Gemeinderat Nachhilfe in politischer Bildung

Am 5. Mai 1961 opponiert die Akademie mit Vehemenz gegen einen Beschluss des Tutzinger Gemeinderats. Dessen Ansinnen, eine Straße nach dem 1937 verstorbenen und auf dem Neuen Friedhof in Tutzing beigesetzten General Erich Ludendorff zu benennen, wird in einem Schreiben an Bürgermeister und Gemeinderat heftig kritisiert: „Als Staatsbürger, die in Tutzing tätig sind, und als Mitarbeiter einer der freiheitlich-demokra-

tischen Ordnung dienenden Einrichtung möchten die Mitglieder des Lehrkollegiums der Akademie für Politische Bildung gegen diesen Beschluss des Gemeinderats ausdrücklich Protest erheben.“ Und weiter ist in der Protestnote, die Akademiedozent Heinrich Schneider für den dienstlich abwesenden Akademiedirektor Felix Messerschmid unterzeichnete, zu lesen: „Wir wollen und können nicht annehmen, dass der Beschluss mit jener sorgfältigen Überlegung ge-

fasst wurde, die in einem solchen Falle wünschenswert gewesen wäre. Zugunsten der Mitglieder des Gemeinderats möchten wir vielmehr vermuten, dass es an der ausreichenden Information über die persönlichen und politischen Auffassungen des Herrn Generals Ludendorff gemangelt hat.“ Wie aber liegt der Fall? Was war der Hintergrund der Intervention? Und in welcher Beziehung stand, oder besser steht Ludendorff zur Gemeinde Tutzing?

Rassistische Lehren

In den revolutionären Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit 1918/19 war es Mathilde von Kemnitz (1877-1966), der späteren Ehefrau Ludendorffs gelungen, ein Grundstück in Tutzing zu erwerben, auf dem sie ein Landhaus errichten ließ. Nach dem Einzug 1922/23 verlegt sich Mathilde v. Kemnitz, die zuvor in Garmisch-Partenkirchen als Nervenärztin praktiziert hatte, mehr und mehr auf ihre schriftstellerische Tätigkeit. Gemeinsam mit ihrem späteren Mann, dem ehemaligen Weltkriegsgeneral, verfißt sie eine deutsch-völkische und christentumsfeindliche Glaubenslehre, die auf einer rassistisch und antisemitisch begründeten Weltanschauung fußt. Bekannt geworden ist Ludendorff als „Sieger von Tannenberg“ im Ers-

ten Weltkrieg, als einer der maßgeblichen Putschisten beim Marsch auf die Münchner Feldherrnhalle (1923), als Reichstagsabgeordneter der Nationalsozialistischen Freiheitspartei (1924-



*Erich Ludendorff
(1865-1937)*



*Mathilde Ludendorff
(1877-1966)*

1928) und als Begründer des so genannten „Tannenbergbundes“ (1925). Nach ihrer Heirat im September 1926 in Tutzing entwickeln die Ludendorffs eine rege Publikations- und Vortrags-

tätigkeit und gründen in Folge mehrere quasi-religiöse Vereinigungen sowie einen eigenen Verlag. Gemeinsam streiten sie für die „Heraufkunft der Edlinge“ der germanischen Rasse und gegen die Vormacht der „Niederen“, gegen die „Weltherrschaft Judas“, gegen das „Synagogen-Komplot“ und „das Joch Jakobs“ (gemeint ist die Herrschaft der Juden über die anderen Völker der Erde), gegen die „Priesterkasten“ (des Christentums) und die „Römlinge“.

Verfassungsfeindliche Betätigung

Nach dem Tod ihres Mannes setzt Mathilde Ludendorff ihr völkisch-sektiererisches Engagement mit ungebrochenem Ehrgeiz fort. Das trägt ihr im Entnazifizierungsverfahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein Verfahren vor der Münchner Spruchkammer ein: Wegen „außerordentlicher Begünstigung des Nazis-

Eine ausführlichere Version des Beitrags ist in Vorbereitung. Sie wird auf der Website der Akademie im Unterpunkt „Service -> Downloads“ abrufbar sein.



mus“ zunächst als „Hauptschuldige“ eingestuft, wird das Urteil im Berufungsverfahren auf „Belastete“ herabgesetzt. Auf ihr Betreiben hin kommt es 1951 zur offiziellen Neubegründung des „Bundes für Gotterkenntnis (L) e.V.“ [das L steht für Ludendorff], 1955 folgt dann die Einrichtung einer „Hochschule für Gotterkenntnis“.

Rund zehn Jahre nach Wiederaufnahme ihrer Aktivitäten verfügt das Bayerische Innenministerium am 15. Juni 1961 – auf der Grundlage entsprechender Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und einer Vereinbarung der Länderinnenminister vom 25. Mai 1961 – die Auflösung des Bundes für Gotterkenntnis wegen verfassungsfeindlicher Betätigung.

Protest der Akademie

Erst wenige Wochen zuvor war vom Gemeinderat der vielfach öffentlich kritisierte Beschluss zur „Ludendorffstraße“ gefasst worden. Er erregte Aufsehen in der Bundesrepublik und im Ausland. Dem offiziellen Protestschreiben der Akademie waren, ganz in pädagogisch vorbildlicher Manier, auszugsweise Abschriften aus der einschlägigen Literatur beigelegt worden. Es handelte sich dabei um Auszüge eines vom Institut für Zeitgeschichte in München 1958 erstellten Gutachtens sowie einschlägiger Äußerungen Ludendorffs.

Zu seinen „Kampfzielen“ führte Ludendorff aus: „Ich erstrebe ein wahrhaftes und freies Großdeutschland unter starker sittlicher Staatsgewalt, das dem Volke dient, es eng mit der Heimat Erde verbindet und ihm die geschlossene Einheit von Blut, Glaube, Kultur und Wirtschaft gibt. (...) Die Bevormundung und das Joch fremder



Die Grabstelle der Ludendorffs in Tutzing

Staaten und der überstaatlichen Mächte, die uns den Krieg und die Revolution bescherten und uns jetzt in der Gewalt haben, sind abzuschütteln. Im Inneren gilt der Kampf dem Judentum, das durch Freimaurerei und Marxismus mit seinen Abarten, durch Leihkapitel und Versuchung des geistigen und sittlichen Lebens der Völker die Weltherrschaft erstrebt und auch das deutsche Volk in der autonomen Wirt-

schaftsprovinz ‚Deutschland‘ für sich arbeiten lassen und ihm durch List und Gewalt den Jehovahglauben aufdrängen will.“

Aus den Beilagen geht eindeutig hervor, dass General Ludendorff zum einen für die rassistischen und dem Nationalsozialismus nahestehenden

Auffassungen seiner Frau eingetreten ist, und dass er zum Zweiten selbst den Nationalsozialismus ausdrücklich unterstützt hat. Die Zitate belegen in aller Deutlichkeit die nationalchauvinistische, antisemitische und antichristliche Haltung des Generals.

Der vielstimmige Protest zeigte Wirkung; Gemeinderäte

entschuldigten sich: „Dass und auf welche Art sich Ludendorff politisch beteiligt hat, davon haben wir nichts bemerkt; er war ein angesehener und guter Bürger der Gemeinde.“ Der ominöse Gemeinderatsbeschluss wurde schließlich wieder zurückgenommen. Die besagte Straße trägt heute den unverfänglichen Namen „Mühlfeldstraße“.

Ärgerliches Nichtwissen

Über die Zeit hinaus bedenkens- und bemerkenswert sind die Ausführungen von Felix Messerschmid, der sich aufgrund der laufenden Entwicklung noch zu einem zweiten Schreiben an den Gemeinderat veranlasst sah. Er schreibt am 13. Mai 1961: „Es gibt einen Grad politischen Nichtwissens, der Trägern kommunaler Ämter nicht zugestanden werden kann und vielen Bürgern und für die Heranwachsenden ein Ärgernis ist; ein solches Ärgernis kann auch durch den Hinweis auf gewiss anzuerkennende Leistungen für die Gemeinde nicht ausgelöscht werden.“ ■

Steffen H. Elsner



Die Mühlfeldstraße in unmittelbarer Nähe der Akademie sollte ursprünglich „Ludendorffstraße“ heißen

Fotos: Elsner; dhm

Heinz Brockert im Evangelischen Pressedienst Bayern am 28. Juli 2008:

Wattierte Wahrheiten

Die Tageszeitung hat überlebt, aber hohe Preise dafür gezahlt

... Martin Balle, in dessen Zeitung es seit jeher keinen Chefredakteur gibt, sondern der Verleger dies in Personalunion mit erledigt, plädiert für einen argumentativen, suchenden Umgang von Verlagen und Redaktionen miteinander. Die notorischen, gesinnungsethisch unterfütterten Konfrontationsrituale sollten aufgegeben werden. Balle sieht die Notwendigkeit, dass Verleger und Journalisten gemeinsam in der Politik vorstellig werden und Hilfen unterschiedlicher Art für Medien erwirken, die ähnlich den öffentlich-rechtlichen Sendern einen besonderen gesellschaftlichen Auftrag haben. Subventionen für Tageszeitungen wolle man nicht. Aber für die Qualitätssicherung ließe sich auch einiges vom Staate tun.

Wie sehr ist die Pressefreiheit durch die Macht großer Anzeigenkunden bedroht? Eine weitere Frage, der das Podium nachging. Balle räumte ehrlich ein, dass er in seinen Blättern keine Kampagnen gegen den größten Arbeitgeber weit und breit (BMW) fahren werde. Alle wichtigen Informationen müssten in der Zeitung enthalten sein, aber die Art der Aufmachung behalte man sich von der Verlagsleitung her vor. Beim bundesweiten Streit um die Geschäftspraktiken von Lidl, einem wichtigen Anzeigenkunden für Regionalblätter, sei man ähnlich verfahren. Die kritischen Punkte seien alle dargestellt worden, aber im Wirtschaftsteil, der von weniger Lesern aufgeschlagen werde. Wattierte Wahrheiten.

Die Journalistenvertreter fügten dem Beispiele aus ihrem Redaktionsalltag hinzu. Ein weiterhin wachsendes Heer professioneller PR-Leute, zum Teil gut ausgebildete ehemalige Tageszeitungs-

journalisten, lieferten Text- und Bildvorgaben wie sie kleinere Redaktionen nicht im entferntesten erstellen könnten. Freie und schlecht bezahlte Mitarbeiter der Tageszeitungen würden von Firmen angeheuert, um äußerlich objektive Artikel zu schreiben und anzubieten, die aber im Sinne der Firmen Meinung machen.

Rainer Reichert legte den Finger auf eine weitere Wunde: Während den Mitarbeitern von Tageszeitungen noch auf die Finger geschaut würde, gebe es in vielen privaten Funk- und Fernsehsendern und in Anzeigenblättern mit redaktionellem Text fast gar keine Wahrheitskontrolle mehr. Einladungen in Sendungen gegen Bares kämen durchaus vor. Reichert: „Nicht wenige Qualitätsprobleme sind von uns Journalisten selbst gemacht.“...

Für Pressefreiheit und Qualitätsjournalismus sei es wichtig, so die Verbandsvertreter, dass die Lokalredakteure wieder von berufsfremden Aufgaben wie Technik, Sekretariat, Empfang und Briefträgerfunktionen entlastet würden.

Es müsse wieder Zeit für regelmäßige und umfangreichere Recherchen freigeschlagen werden, lautete die Forderung. In einem weiteren Punkt waren sich der Verleger und die Journalisten einig: Es werden einfach zu viele Journalisten ausgebildet, die in der Summe die Gehaltsspielräume für alle nach unten drücken. Über 170 Ausbildungsstätten für Journalisten gebe es in Deutschland. Ganze Abi-Klassen stellten sich bei Castings für Ausbildungs- und Arbeitsplätze im Medienbereich vor. „Wen es in den Medienbereich zieht, der sollte sich dringend darüber informieren, wie die Berufswelt später aussieht“, mahnte Rainer Reichert.

(Siehe Bericht Seite 15)

Fränkischer Tag vom

9. September 2008:

Eine Partnerschaft braucht Dialog

Prof. Clemens Renker aus Hallertendorf spricht sich für friedliche Zusammenarbeit mit Russland aus. Der Experte betont aber auch, dass zu einer gesunden Kooperation auch die Konfrontation bei unterschiedlichen Vorstellungen gehöre.

„Weisheit, Vernunft und das offene Gespräch“, helfen laut Prof. Clemens Renker laut einer Pressemitteilung weiter, um mit Russland wirtschaftlich und politisch den Weg in eine gute Zukunft fortzusetzen. „Aufeinander zugehen, einander verstehen und miteinander Kooperationen gestalten, lauten die Gebote der Stunde“, betont der Russlandexperte Renker. „Daher schaden unsachliche Medienberichte, Kalter-Krieg-Rhetorik, populistische Trittbrettfahrer und Zyniker dem friedlichen Miteinander.“

Renker diskutierte über dieses Thema bei der „Deutsch-Russischen Fachtagung“ an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Wissenschaftler und Politikexperten setzten sich dort mit innen-, außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen auseinander. Der Leiter der Akademie, Prof. Oberreuter, will die Zusammenarbeit des Europainstituts mit der Akademie der Russischen Wissenschaften festigen. Ende September stellt Prof. Renker zudem auf der „Internationalen Energiekonferenz“ an der Staatlichen Universität für Wirtschaft in Sankt-Petersburg ein Konzept für eine gelingende Partnerschaft zwischen deutschen und russischen Organisationen vor. Zu einer gesunden Kooperation gehöre auch die Konfrontation bei unterschiedlichen Vorstellungen. Aber eben nicht Kampf und Härte. Bereits im Juni wurden auf dem Wirtschaftstag der Staatsregierung mit der Delegation aus Sankt-Petersburg zahlreiche Partnerschaften angeschoben.

(Siehe Bericht Seite 9)

In Zukunft wird uns wohl noch mehr geholfen und geraten werden

Radiobeitrag über die Tagung „Medien-Lust und Medien-Nutz“ am 20. September 2008 im Magazin „Orange“ auf Bayern2Radio 9.15 Uhr. Autor: Thomas Koppelt

Koppelt: Die Welt will beraten werden. Wie kleistere ich eine Tapete faltenfrei an die Wand? Bei „Einsatz in vier Wänden“ kann ich es beobachten. Was mache ich, wenn mich meine Frau betrügt? Lenßen und Partner machen es vor. Wie trenne ich ein Ei? Alfons Schuhbeck zeigt es mir. Die „Super-Nanny“ hilft mir bei der Kindererziehung, Peter Zwegat bei der Privatsolvenz.

Prof. Dr. Karl Renner: Wenn man die Ratgebersendungen von heute vergleicht mit denen von 1979, dann komme ich darauf, dass wir heute ein fünf-faches Sendevolumen haben gegenüber damals. Vermutlich ist es noch viel höher.

Koppelt: Schätzt Karl Renner von der Universität Mainz, spezialisiert auf Fernsehjournalismus. Warum wir zur Zeit eine wahre Inflation von TV-Beratung erleben, erklärt sein Kollege von der Universität Eichstätt, Walter Hömberg:

Prof. Dr. Walter Hömberg: Der Hintergrund ist, dass wir eine zunehmende Individualisierung der Lebensführung feststellen können und durch diesen gesellschaftlichen Wandel erwächst ein steigender Orientierungsbedarf in der Angebotsfülle von Waren, Dienstleistungen und auch von Lebensstiloptionen.

Koppelt: Die Fernsehsender bedienen also lediglich eine steigende Nachfrage, wenn sie immer neue Beratungsformate über den Bildschirm schicken: Real-Life, Dokutainment, Infotainment. Sogar für die gute alte Beratung hat man einen neuen Begriff erfunden: Sie heißt jetzt Coaching. Die Frage ist nur, inwieweit uns die neuen Coaching-Formate tatsächlich noch Orientierung bieten können? Wieviel Info steckt noch im Infotainment?

Hömberg: Es kommt auf die richtige Mischung an. Sowohl der Nutzen als auch das Vergnügen sind wichtig.

Koppelt: Meint Walter Hömberg. Und die Fernsehmacher pflichten ihm bei. Georg Felsberg zum Beispiel, der einst das Serviceprogramm des SWR leitete und der unter anderem das „ARD-Buffer“ erfand – jene Sendung, die seit 10 Jahren Tipps für alle Lebenslagen gibt: vom Hühnerauge bis zur Kartoffel.



Georg Felsberg hat die Service-sendung „ARD-Buffer“ erfunden

Felsberg: Verbraucherberatung hat bei den öffentlich-rechtlichen Programmen eine jahrzehntelange Tradition – man denke nur an das ZDF-Gesundheitsmagazin „Praxis“ oder an die „Sprechstunde“ im Bayerischen Fernsehen. Was viele vergessen haben: „Bauer sucht Frau“ hieß mal „Land und Liebe“ und lief im NDR. Und was viele nicht wahrhaben wollen: Nicht bei allen neuen Coaching- und Real-Life-Formaten handelt es sich um Schund-TV. Wenn man eine vernünftige Sendung macht „Wie wandere ich richtig aus?“, das muss überhaupt kein Schmuddel-Image haben. Ich denke,

dass es gar nicht von Themen abhängt, sondern hauptsächlich von dem, wie man die Themen aufarbeitet. Aber es gibt natürlich eine ganze Reihe von Auswüchsen, die ich nicht sehr erfreulich finde. Zum Beispiel: Wie entmülle ich mein Wohnzimmer? Das ist zwar hilfreich, aber führt Menschen vor. Und dies Vorführen halte ich für eine ganz schlimme Entwicklung.

Koppelt: Ob diese Entwicklung weitergeht, das haben letztlich die Zuschauer in der Hand. Über das Schicksal der Coaching-Sendungen entscheidet die Quote. Die nachmittäglichen Gerichtssendungen sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Und wer weiß: Vielleicht werden auch bald die Fernsehköche den Löffel abgeben müssen, weil wir uns an brutzelnden Pfannen satt gesehen haben. Die Ratgebersendung an sich aber wird uns erhalten bleiben – da sind sich die Experten einig.

Felsberg: Also jetzt nach solchen Problemen mit Banken und Aktien wird es sicher in den nächsten Jahren viel mehr Beratungselemente geben, die darüber aufklären. Und wenn das Geld noch weniger wird für manche Leute, wird es noch mehr „Wie baue ich mir was selbst“ geben.

Koppelt: In Zukunft wird uns wohl noch mehr geholfen und geraten werden. Da hilft nur optimistisch bleiben, rät Walter Hömberg:

Hömberg: Das hat Hölderlin sehr treffend kommentiert: Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.

(Siehe Bericht Seite 17)

Albert Franz in DER NEUE TAG vom 15. Oktober 2008:

Reicht Obamas Vorsprung zum Sieg?

... Nicht die Außenpolitik aber, sondern die Wirtschaftspolitik, da sind sich fast alle Experten einig, dürfte stattdessen die Präsidentenwahl entscheiden. Und hier hat Obama bei den Kompetenzzuweisungen mit 51 zu 41 Prozent für McCain die Nase vorn. McCain, so Stormy-Annika Mildner von der Forschungsgruppe *Amerika* der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, hängt noch immer nach, dass er noch vor wenigen Wo-



Stormy Mildner

chen selbst öffentlich einräumte, er verstehe nicht so viel von Wirtschaft. In der derzeitigen Finanzkrise wiegt das umso schwerer. Andererseits: Auch

Obamas wirtschaftliche Kompetenz sei „nicht wirklich einschätzbar“, wie Stephan Bierling meint. 50 Prozent der Amerikaner, so erklärt Mildner, fürchteten bei einer Umfrage Anfang Oktober um ihr Geld, die Arbeitslosigkeit stieg zuletzt rasant auf sechs Prozent, gleich-

zeitig verschärft eine Inflationsrate von fast fünf Prozent die Lage, weil die Einkommen der Mittelklasse seit Jahren stagnieren und die Einkommensschere immer weiter auseinander geht. Auch die Wahl ihrer Vizes brachte die Kandidaten nicht wesentlich weiter. Zum Beispiel Sarah Palin: McCains Vizekandidatin sichert ihm nach Ansicht von Mildner zwar die rechte Wählerschaft, erreicht aber keine Wechselwähler. Bierling formuliert es drastischer: „Palin im Weißen Haus? – das lässt George W. Bush wieder als intellektuell erscheinen.“ ...

(Siehe Bericht Seite 3)

Thomas Mrazek im BJV-Report 4/2008:

Datensammler und Datenexhibitionisten

... Der von der Stuttgarter Zeitung kürzlich als „Störenfried von Amts wegen“ charakterisierte baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Peter Zimmermann warnte angesichts von Online-Durchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung vor einem „Trend zum Präventionsstaat“. Die negativen Auswirkungen trafen sowohl Bürger wie auch Medien. Von diesen erhoffte er sich „eine verstärkte und positive Berichterstattung über die persönlichen Freiheitsrechte.“

Vom Gesetzgeber wünsche er sich hinsichtlich weiterer Einschränkungen eine „angemessene Zurückhaltung“. Die irrige Annahme „Ich habe nix zu verbergen“ oder der „Datenexhibitionismus“, indem Bürger alles an persönlichen Informationen freiwillig ins Internet stellen, erforderten eine „verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz und Medienethik.“

Der Berliner Journalist Albrecht Ude meinte, seit Inkrafttreten der Vorrats-

datenspeicherung am 1. Januar habe sich die journalistische Praxis bereits geändert. „Rufen Sie mich bitte nicht mehr im Amt an“, beschrieb Ude Erfahrungen mit Informanten. Es gäbe auch Bundesrichter, die nicht mehr angerufen werden wollen. „Zweifelloos macht sich eine Verunsicherung breit“, resümierte Ude, der von einer Kollegin berichtete, die zum Schutz vor Schnüffeleien mit 20 verschiedenen Handys arbeite. Schließlich kritisierte Ude das „hemdsärmelige Vorgehen der Ermittler bei der Durchsuchung der Cicero-Redaktion“. In solchen Fällen könnten die Gerichte nur noch im Nachhinein als rechtsstaatliches Korrektiv agieren. Dann sei aber für die Betroffenen bereits ein immenser Schaden entstanden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Innenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Uhl kommentierte Udes Forderung nach Datensparsamkeit: „Darüber kann ich nur la-

chen.“ Uhl führte Beispiele auf, wo Bürger freiwillig ihre Daten verbreiten, ob beim Einkauf oder durch „Freizügigkeit“ im Internet. Der Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag, Bündnis 90/Grüne, kritisierte Uhls Ausführungen: „Ich halte es für unlauter, privaten Datenschutz gegen staatlichen auszuspielen.“

Wie wichtig die Vorratsdatenspeicherung in ihrem Bereich sei, schilderte die Staatsanwältin Katja Schreiber von der Staatsanwaltschaft München I: „Wenn die Daten nicht gespeichert sind, kommen wir nicht ran. Aber keine Ermittlungsbehörde sammelt Daten umsonst.“ Um an Daten ranzukommen müsse man einem „Wust von Unterrichtungspflichten“ nachkommen, sagte Schreiber. ...

(Siehe Bericht Seite 15)



Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hrsg.)
Schlagkräftige Bilder. Jugend, Gewalt, Medien
München: Fischer 2008
ISBN-13: 978-3-88927-462-5
169 Seiten, Euro 19,90

Folter, Vergewaltigungen, Hinrichtungen: Jede denkbare Form brutalster Gewalt ist auf „Snuff“-Videos zu sehen. Jugendliche laden diese aus dem Internet auf ihre Handys und tauschen sie untereinander. In allen sozialen Schichten findet sich unter Jugendlichen daneben eine neue Form der Gewalt: „Happy Slapping“ – das „fröhliche Schlagen“. Mit diesem Begriff bezeichnen die Engländer jene brutalen Überfälle von Jugendlichen, die diese mit dem eigenen Handy aufnehmen und anschließend an Altersgenossen versenden. Die dritte Variante der medialen Gewalt stellen die PC-Killerspiele dar, die sich ebenfalls einer großen Beliebtheit unter den Teenagern erfreuen. Sozialwissenschaftler und Pädagogen setzen sich in diesem Band mit den Problemen jugendlicher Mediengewalt auseinander und diskutieren Ursachen, Faszination und Risiken. Neben den Ergebnissen der Wirkungsforschung stehen medienpädagogische Methoden und präventive Projekte jenseits des allgemeinen Verbots im Mittelpunkt des Buches.



Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Über die Freiheit
Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie
München: Olzog 2008 / <http://www.olzog.de>
ISBN: 978-3-7892-8224-9
160 Seiten

Die Akademie für Politische Bildung in Tutzing blickt auf 50 Jahre ihres Bestehens zurück. In dieser Periode war sie Kristallisationspunkt für Zeitströmungen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Der vorliegende Band dokumentiert dies durch den Abdruck der Reflexionen, die anlässlich ihrer Eröffnung sowie ihrer Jubiläen unternommen wurden und über die akademische Sphäre hinaus einen Spiegel der Zeit darstellen. Die Reden von Hanns Seidel, Eric Voegelin, Hans Maier, Günter C. Behrmann, Manfred Hättich, Dolf Sternberger, Wladyslaw Bartoszewski und Joachim Gauck zeichnen ein Bild von den Herausforderungen, Problemlagen und Themen, die Gesellschaft, Politik und politische Bildung in den letzten fünf Jahrzehnten bewegten.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J a n u a r

2-1 7. – 9. Januar

Preise, Mengen, Konjunktoren – Die künftige Energieversorgung und die Rolle der Landwirtschaft

In Kooperation mit der Vereinigung der landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-1 16. – 18. Januar

**60 Jahre Bundesrepublik
Ein Erfolgsmodell mit Zukunft?**

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

4-1* 19. – 23. Januar

Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

4-2* 19. – 23. Januar

Fakultätswerb Sozialkunde I/5: Fachdidaktik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

5-4 26. – 30. Januar

Nachgehakt – Die Kunst des Fragens

Interviewtraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

5-3 30. Januar – 1. Februar

Leben! Die Selbstbestimmung im Zeitalter der Biopolitik

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

F e b r u a r

6-3* 6. – 8. Februar

Revisiting Indian Nations

In Kooperation mit der DGFA

Leitung: Saskia Hieber / Britta Waldschmidt-Nelson

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

7-3 9. – 11. Februar

Gerecht werden

Berufsethos der Sozialen Arbeit

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband Soziale Arbeit (DBSH) Bayern, Landesarbeitsgemeinschaft christlicher Sozialarbeiterinnen

Leitung: Michael Spieker / Ulrike Faust

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

7-2* 9. – 13. Februar

Soziales Lernen für eine humane Gesellschaft

In Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

7-1 13. – 15. Februar

10 Jahre Euro – Bewährung in der Finanzkrise

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

8-1* 16. – 20. Februar

Struktur und Wandel der Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

8-2* 16. – 20. Februar

Fakultätswerb Sozialkunde II/2: Internationale Politik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

9-1 27. Februar – 1. März

Verkaufte Freiheit?

Gratwanderungen zwischen Kommerzialisierung und Autonomie

Leitung: Gero Kellermann / Michael Schröder

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M ä r z

10-1* 2. – 4. März

The USA under the New Presidency

In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Stadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über das PI für städtische Lehrer; andere direkt an uns

10-2* 4. – 6. März

Privatradio, Privatfernsehen, Internet –

25 Jahre Medienrevolution, Blick zurück im Zorn?

In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern (DHB)

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

10-4* 6. – 8. März

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Ergebnisse bundesdeutscher

Innen- und Außenpolitik seit 1949

in Kooperation mit der Universität der Bundeswehr München

Leitung: Stefan Köppl / Ursula Münch / Carlo Masala

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-1* 9. – 13. März

Die USA – von den rebellischen Kolonien zur globalen Supermacht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-2* 9. – 12. März

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Michael Spieker / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-3 13. – 15. März

Das Jahr 1989 – Friedliche Revolution und Ende der SED-Diktatur

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-1* 15. – 20. März

Medienerziehung vor Ort: Geschichte und Film

In Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außentagung in Potsdam, erhöhte Tagungsgebühr!

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

12-3 16. März

Umwelt- und Energiepolitik – Europäische Initiativen und regionales Handeln

In Kooperation mit dem Bildungszentrum Nürnberg und der Vertretung der EU-Kommission in München

Leitung: Wolfgang Quaisser / Hermann Kehl / Henning Arp

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Außentagung im Bildungszentrum Nürnberg

12-4 18. – 20. März

Deutsche, Polen, Europa – gemeinsame und getrennte Geschichtserzählung

Leitung: Heinrich Oberreuter / Kazimierz Wóycicki

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-2 20. – 21. März

Bedrohte Mittelschicht – Gefährdete Demokratie?

Leitung: Wolfgang Quaisser / Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

13-1* 23. – 27. März

Der asiatische Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Eva Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

13-2 27. – 28. März

Energiekrise und Klimawandel

Herausforderungen für Politik und Wirtschaft in Südosteuropa

In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und der Südosteuropa-Gesellschaft

Leitung: Wolfgang Quaisser / Martin Held / Hansjörg Brey

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außentagung in der Evangelischen Akademie Tutzing

13-3 27. – 28. März

Kommunalpolitisches Forum: Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag

Leitung: Josef Deimer / Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-1* 31. März – 1. April

Fortbildung Internationale Politik

In Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe

Leitung: Saskia Hieber / OTL Karl Sedlmaier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

14-2 3. – 5. April

Vernunft, Recht und Staat im Islam

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-1* 20. – 22. April

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen für Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-2* 20. – 22. April

Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-3* 20. – 22. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen an Realschulen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-5 22. April

Wirkungen der Osterweiterung in Grenzregionen

In Kooperation mit dem Osteuropa-Institut Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außentagung in Regensburg

17-6* 25. – 29. April

Menschen zwischen den Völkern

Akteure der deutsch-russischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts

In Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,

der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur

Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Wilke / Alexander Vatlin

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt Vorträge in Hannover über Vertrauen in die Politik und die Zukunft des deutschen Parteiensystems, in Cadenabbia über den Umgang mit radikalen Parteien und in München über Christentum, Nation und Bürgerschaft in der Europäischen Union. Auf dem Jahreskongress der German Studies Association in St. Paul / USA sprach er über die Entwicklungen des deutschen Parteiensystems nach den jüngsten Landtagswahlen, in Seefeld über Strategien der CSU nach der Landtagswahl sowie in Murnau über Zukunftsperspektiven der Politik in Bayern und Deutschland.

In St. Petersburg nahm er an den deutsch-russischen Konsultationen des Petersburger Dialogs teil.

KURATORIUM

Dr. Wilhelm Ebert, Gründungskurator der Akademie und Ehrenpräsident des BLLV, hat den Waldemar-von-Knoeringen-Preis 2008 der Georg-von-Vollmar-Akademie erhalten.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber sprach auf einer Veranstaltung der BMW-Stiftung Herbert Quandt in Berlin über Regionalkonflikte in Südostasien und Korea. Sie gab ein ausführliches China-Briefing am George C. Marshall European Center for Security Studies. Sie hielt zwei Vorträge an der NATO-Schule über Sicherheitspolitik und Energieinteressen Chinas. Außenpolitik und Militärische Modernisierung Chinas waren Thema eines Vortrags für das Gebirgssanitätsbataillon und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Kempten.

Stefan Köppl referierte in Weilheim über den Start der Regierung Berlusconi, in Hamburg bei der Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises Demokratieforschung über die Entwicklung der italienischen Demokratie und in Bonn auf einer internationalen Fachtagung über Stand und Defizite der politikwissenschaftlichen Italienforschung in Deutschland. In Wildbad Kreuth und Kloster Banz sprach er über den Einfluss von Parteien und Verbänden auf politische Entscheidungen.

Dr. Michael Schröder referierte in Sonthofen über die Professionalisierung politischer Kommunikation und den Umgang mit Medien.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing